Erziehung und Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

6/2008

STUNDENPLAN
Bildung für nachhaltige Entwicklung

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Globalisierung	Klimaschutz	Menschenrechte	Rohstoffe	Ernährung
Globalisierung	Klimaschutz	Menschenrechte	Rohstoffe	Ernährung
Globalisierung	Klimaschutz	Menschenrechte	Rohstoffe	Ernährung
Globalisierung	Klimaschutz	Menschenrechte	Rohstoffe	Ernährung
Globalisierung	Klimaschutz	Menschenrechte	Rohstoffe	Ernährung

Migration	Ökosystem	Armut	Erneuerbare Energie	Konsum
Migration	Ökosystem	Armut	Erneuerbare Energie	Konsum

„Dialog“ – Zeitung für Seniorinnen und Senioren

GASTKOMMENTAR

Baustein der Werteerziehung

In der aktuellen Diskussion wird das Verständnis von „Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) vorrangig vom Bildungsbegriff her gedacht. BNE unterscheidet sich jedoch vom allgemeinen Bildungsbegriff dadurch, dass es sich um Bildung „für" etwas Bestimmtes, nämlich eine nachhaltige Entwicklung von Natur und Gesellschaft handelt. Je nachdem, was für ein Verständnis von Nachhaltigkeit man zugrunde legt, fällt auch das Konzept von BNE unterschiedlich aus.

Die ethische Idee, auf der jede Theorie von Nachhaltigkeit beruht, ist die der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen. Der Ansatz einer „starken" Nachhaltigkeit – entwickelt an der Universität Greifswald – geht von dem Gedanken aus, dass die Gesellschaft Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen hat: Ihnen soll es nicht schlechter gehen als uns. Keine Generation kann beanspruchen, etwas Besseres zu sein als andere. Und: Maßstab ist Lebensqualität, nicht Lebensstandard.

Doch auch unter dieser Voraussetzung sind noch sehr unterschiedliche Konzeptionen von Nachhaltigkeit möglich. Die Differenzen ergeben sich aus der Frage, welche Hinterlassenschaften wir nachfolgenden Generationen schuldig sind. Die Antwort wird maßgeblich davon bestimmt, inwieweit sich Natur- durch Human- und Sachkapital befriedigend ersetzen lässt. Das in den Wirtschaftswissenschaften verbreitete Konzept „schwacher" Nachhaltigkeit geht von einer weitgehenden Substituierbarkeit des Naturkapitals aus: Natur darf in dem Maße verbraucht werden, in dem im Gegenzug andere Kapitalbestände aufgebaut werden, die den Menschen einen ebenso großen Nutzen stiften. Für die Zukunft wäre eine Welt denkbar, in der z. B. keine Wälder mehr vorhanden sind, so lange alle Funktionen, die Wälder für uns heute haben, durch künstlich Geschaffenes (Kunststoffe, Naturfilme im Fernsehen, Klimaanlagen etc.) befriedigend ersetzt werden. Im Extremfall wäre eine denaturierte, artifizielle, weitgehend urbanisierte Welt nachhaltig im Sinne dieser Konzeption. „Starke" Nachhaltigkeit geht hingegen davon aus, dass die Naturkapitalien einer Gesellschaft nicht ersetzt werden können oder sollen. Ein zukünftiger Mangel an Naturkapitalien, der sich seit längerem auf unterschiedlichen Skalen (global, regional) abzeichnet (Rohstoffverbrauch, Waldvernichtung, Artensterben) und dessen wirtschaftspolitische Ursachen nicht beseitigt sind, sollte im Interesse zukünftiger Wohlfahrt verhindert werden. Daher sollte in den Aufbau der Naturkapitalien investiert werden. Der „Greifswalder Ansatz" nennt als Gründe neben der Multifunktionalität ökologischer Systeme einmal Vorsorge- und Risikoerwägungen und zum anderen die größere Wahlfreiheit zukünftiger Generationen. Die Konzeption „starker" Nachhaltigkeit entspricht viel eher den vielfältigen, auf ein gutes menschliches Leben bezogenen Werten der Natur (Ästhetik, Erholung, Heimat usw.) und mündet in die Frage, was uns Naturgüter und -erfahrungen „wert" sind. Es geht also nicht darum, ob Menschen auch in einer artifiziellen Welt noch (über)leben können, in der die „freie" Natur weitgehend Erinnerung geworden ist, sondern darum, welche Idee von Nachhaltigkeit unseren heutigen umweltethischen Einsichten entspricht. Gerade Umweltbildner können Sinn und Zweck ihrer Aktivitäten im Rahmen starker Nachhaltigkeit besser artikulieren. Umgekehrt müssten konsequente Vertreter „schwacher" Nachhaltigkeit den Bestrebungen der Umwelt- und Naturbildung skeptisch gegenüberstehen und eher fordern, Kinder und Jugendliche rechtzeitig an eine artifizielle Welt zu gewöhnen (etwa durch Freude an Computerspielen, „indoor recreation" usw.) oder ihnen eine Abneigung gegen Natur zu vermitteln (wie dies in Aldous Huxleys „Brave New World" beschrieben wird). Wer diese Konsequenzen als sehr merkwürdig empfindet, hat guten Grund, die Konzeption starker Nachhaltigkeit zu favorisieren.

Foto: privat

Konrad Ott

„Starke Nachhaltigkeit heißt größere Wahlfreiheit zukünftiger Generationen"

Daraus ergeben sich pädagogische Anforderungen an BNE: Zunächst sollten Mündigkeit und Selbstständigkeit als allgemeine Bildungsziele angestrebt werden. BNE muss aber neben diesen („unhintergehbaren") Kompetenzen auch bestimmte Inhalte vermitteln. Sie ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein „Baustein" einer immer an Inhalten orientierten Werteerziehung. Umweltbildung kann dazu beitragen, Menschen für eine andere Sicht- und Wahrnehmungsweise von Natur zu sensibilisieren, diese nicht nur auf ihren instrumentellen und ökonomischen Nutzen zu reduzieren. Eine gelungene Umweltbildung kann daher ein Fundament sein, auf dem andere Aspekte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung aufbauen können.

Konrad Ott, Professor für Umweltethik an der Universität Greifswald

Prämie des Monats
Seite 5

Werbung macht kross
Leichte Bräune oder ganz schön kross? Sie haben die Wahl. Werben Sie im Juni eine neues Mitglied und erhalten Sie einen formschönen Toaster. Mit Krümelschublade, Edelstahl-Brötchenaufsatz und Auftaufunktion.

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 60. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.
Vorsitzender: Ulrich Thöne.
Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel.
Redaktionsassistenz: Renate Körner.
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon (069) 7 89 73-0, Telefax (069) 7 89 73-202.
Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt
Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen;
Verantw. f. Anzeigen: Mathias Müller,
Tel. (0201) 843000-0, Telefax (0201) 472590,
anzeigen@stamm.de; www.stamm.de;
zz. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. 1. 2007;
Anzeigenschluss am 5. des Vormonats.

E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Karikatur: Thomas Plaßmann

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)** titelt E&W im Juni. Was steckt hinter dem Begriff Nachhaltigkeit? Welche Konzepte verbinden sich damit? Und wie wird BNE im Bildungsbereich umgesetzt – gerade in der Dekade „Education for Sustainable Development", die die UN für den Zeitraum zwischen 2005 und 2014 ausgerufen hat? Beiträge u. a. von Konrad Ott (Gastkommentar), Gerd Michelsen, Bernd Overwien, Christoph Bächtle, Ute Diehl, Marianne Demmer, Ute Stoltenberg. **Schwerpunkt BNE ab Seite 6

Foto: dpa/SAT1

„Schulschwänzen – was tun? Helfen polizeiliche Maßnahmen und Abstrafen?"** In einem Pro und Kontra debattieren der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) – „Kriminellen Karrieren vorbeugen" – und Christina Thomas, Lehrerin am Bielefelder Oberstufenkolleg – „Schieflage der Schulen" –, zum Thema. **Seiten 30/31

Foto: privat

„Bei den Postdocs ansetzen"**, fordert Anke Burkhardt im Interview. E&W sprach mit der Wissenschaftlerin über den ersten „Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses". Andreas Keller kommentiert „Habilitation endlich abschaffen". **Seiten 35/36

Gastkommentar

Baustein der Werteerziehung — Seite 2

Auf einen Blick — Seite 4

Titel: Bildung für nachhaltige Entwicklung

1. Nachhaltigkeit als Herausforderung — Seite 6
2. Lokal handeln – vernetzt denken — Seite 10
3. Spürnasen im Dienste der Umwelt — Seite 13
4. Was ist SchuWaLuNa? — Seite 16
5. Kita-Konzept fehlt — Seite 19
6. GEW-Position: Sisyphos braucht Hilfe — Seite 19
7. Service für die Mitglieder — Seite 20

„Dialog"

Die Zeitung für Seniorinnen und Senioren — Seite 21

Bildungspolitik

1. E&W-Serie „Länger gemeinsam lernen" — Seite 29
2. Pro und Kontra „Schulschwänzen – was tun?" — Seite 30
3. GEW-Studie zum Cyber-Mobbing: Schikanieren 2.0 — Seite 32
4. Schulpsychologie: Hilfe für Lehrer nützt Schülern — Seite 33
5. Interview mit Andrea Nahles zum Hauptschulabschluss — Seite 34
6. GEW-Kommentar: Alles richtig – alles unklar — Seite 34

Hochschule

1. Interview mit Anke Burkhardt: „Bei den Postdocs ansetzen" — Seite 35
2. GEW-Kommentar: Habilitation endlich abschaffen — Seite 36

GEW Intern

Mitgliederentwicklung: Trendwende! — Seite 37

Marktplatz

GEW Baden-Württemberg wählt Doro Moritz — Seite 38

Bildungspolitik

Fundraising is Friendraising — Seite 38

Marktplatz — Seite 40

Recht und Rechtsschutz — Seite 41

Blitzlichter — Seite 42

Leserforum — Seite 42

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

DGB erinnert an Zerschlagung freier Gewerkschaften vor 75 Jahren

Foto: Christian von Polentz/transit

DGB-Vorsitzender Michael Sommer gedachte der von den Nazis verfolgten Gewerkschafter.

Mit einer Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen hat der DGB an den 75. Jahrestag der Zerschlagung freier Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 erinnert. DGB-Vorsitzender *Michael Sommer* enthüllte einen Gedenkstein für die verfolgten und ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.
Er erinnerte an die Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren: „Ihr gemeinsames Opfer mahnt uns, den Widerstand gegen alte und neue Nazis gemeinsam zu organisieren." Mit den freien Gewerkschaften sei eines der letzten Bollwerke gegen die Nazis zerstört worden (s. auch Seite 40). Weitere Infos finden Sie unter: *www.gew.de*.

1. Mai 2008: Mehr als 400 000 Menschen fordern „gute Arbeit"

Unter dem Motto „Gute Arbeit muss drin sein!" haben am 1. Mai mehr als 440 Gewerkschaftsveranstaltungen in ganz Deutschland stattgefunden. 416 000 Menschen beteiligten sich an DGB-Demonstrationen und Kundgebungen.
GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne* unterstrich in seiner Rede in Hamburg, Bildung sei der Schlüssel für die Menschen, einen Arbeitsplatz zu bekommen und damit eine Lebensperspektive in der Gesellschaft zu haben. „Die Realität sieht jedoch anders aus", sagte Thöne. „Allein 1,5 Millionen Menschen, die jünger als 25 Jahre sind, haben keine Ausbildung. Diese jungen Menschen werden ausgegrenzt. Sie haben kaum Möglichkeiten, in Deutschland Fuß zu fassen. Das ist ein Skandal!" Der GEW-Vorsitzende forderte ein Umdenken in der Politik. „Im Interesse der Jugendlichen und der Zukunft dieser Gesellschaft verlangen wir eine Garantie im Grundgesetz: Alle Jugendlichen müssen einen Ausbildungsplatz erhalten. Es geht um die Lebenschancen von hunderttausenden Jugendlichen und die Sicherung der Qualifikationen für die Zukunft der Gesellschaft."
In seiner Rede auf der Hauptkundgebung in Mainz betonte DGB-Vorsitzender *Michael Sommer*, gute Arbeit solle Sinn stiften und den Menschen Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Weder Ein-Euro-Jobs noch unterbezahlte Arbeit für drei oder fünf Euro hätten etwas mit guter Arbeit zu tun. „Arbeit darf nicht arm machen. Deshalb braucht Deutschland neben den tariflichen Mindestlöhnen auch den gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro pro Stunde", betonte Sommer.

Einspruch einlegen: Angestellte im öffentlichen Dienst (West) zu hoch besteuert

Die GEW empfiehlt Angestellten im öffentlichen Dienst (West), innerhalb eines Monats gegen ihren Steuerbescheid für 2007 Einspruch einzulegen, wenn aus diesem hervorgeht, dass Arbeitgeberumlagen versteuert worden sind. Hintergrund: Im vergangenen Jahr hatte das niedersächsische Finanzgericht entschieden, dass die Besteuerung des Arbeitgeberanteils an der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes als Arbeitslohn rechtswidrig sei. Ob dieses Urteil Bestand hat, muss jetzt in der nächsten Instanz beim Bundesfinanzhof verhandelt werden. Nur wer Einspruch gegen seinen Steuerbescheid erhoben hat, kann von einem Urteil zugunsten der Arbeitnehmer profitieren.
Angestellte sind in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes pflichtversichert (meist die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder VBL). Den größeren Teil der Kosten („Umlagen") zahlt der Arbeitgeber. Im Westen, wo die Umlagen höher sind, wird ab einer bestimmten Einkommenshöhe (bis 2007: rund 1 500 Euro brutto/Monat) ein Teil der Arbeitgeberumlagen zu Lasten der Arbeitnehmer versteuert. Man erkennt das in der Gehaltsabrechnung daran, dass das „Steuerbrutto" höher ist als das „Zahlungsbrutto". Das niedersächsische Finanzgericht hatte seine Entscheidung damit begründet, dass die Arbeitgeberumlagen keinen Arbeitslohn darstellten. Bei einem Bruttoeinkommen von 2000 Euro monatlich wären 37 Euro im Monat zu viel versteuert worden, bei 3000 Euro gut 100 Euro, bei 4000 Euro über 165 und bei einem Brutto von 5000 Euro mehr als 230 Euro.
Die GEW stellt ihren Mitgliedern ein Mustereinspruchsschreiben zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie unter: *www.gew.de*.

Niedersachsen: Arbeitszeitkonto wird ausgezahlt

Ab dem 1. August werden den Lehrkräften in Niedersachsen die auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschriebenen Überstunden zurückgezahlt. Damit ist die ursprünglich von der Landesregierung geplante Verschiebung des Überstundenausgleichs in das letzte Halbjahr vor der Pension und die Koppelung eines Ausnahmeantrags an das Vorliegen besonderer persönlicher Gründe vom Tisch (s. *E&W 5/2008*). Allerdings werden die Überstunden nicht automatisch zurückgezahlt, sondern nur auf Antrag. „Die Lehrerinnen und Lehrer haben mit ihrer außerordentlichen politischen Gegenwehr einen großen Erfolg errungen. Sie haben sich ihre Rechte und ihre Würde nicht nehmen lassen", erklärte GEW-Landesvorsitzender *Eberhard Brandt* zu einem entsprechenden Beschluss der Landesregierung. Weitere Infos finden Sie unter: *www.gew-nds.de*.

Tarifergebnis wird auf Bundesbeamte übertragen

Die GEW begrüßt, dass der Bundestag den mit dem Bund abgeschlossenen Tarifvertrag vollständig auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen will.
Die Abgeordneten erfüllen damit die alte gewerkschaftliche Forderung, dass die Besoldungsentwicklung der Entwicklung der Tarifgehälter folgen sollte. In den vergangenen Jahren wurden die Resultate jedoch regelmäßig nur mit Abstrichen übertragen. Dadurch sowie durch die Streichung der Sonderzahlungen war die Besoldung der Bundesbeamten zuletzt aufs Jahr gerechnet unter das Niveau von 2002 gefallen.

Der DGB hat gemeinsam mit der GEW und den anderen Beamte organisierenden Gewerkschaften eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung erarbeitet. Diese finden Sie auf den Internetseiten des DGB: *www.dgb.de*.

Mehrheit ausgebaut

Die GEW Hessen hat in allen staatlichen Schulämtern ihre Mehrheiten deutlich ausgebaut und dabei Ergebnisse von bis zu 80 Prozent und darüber hinaus erzielt. Landesvorsitzender *Jochen Nagel* bewertete dies als einen „großartigen Erfolg und Ergebnis der guten Arbeit unserer Personalratsmitglieder".

Werbung macht kross...

...für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Toaster.

Prämie des Monats: Juni

Ein Toaster von Bosch in außergewöhnlichem Design

Antrag auf Mitgliedschaft

Ihr Mitgliedsbeitrag:
-Beamtinnen und Beamten zahlen 0,75 Prozent der 6. Stufe.
-Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
-Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
-Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
-Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
-Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
-Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

E+W-Prämie des Monats Juni 2008/ Toaster

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land/PLZ/Ort

Geburtsdatum/Nationalität

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei *von* *bis* *(Monat/Jahr)*

Telefon *Fax*

E-Mail

Berufsbezeichnung/-ziel *beschäftigt seit* *Fachgruppe*

Name/Ort der Bank

Kontonummer *BLZ*

Besoldungs-/Entgeltgruppe *gültig seit* *Stufe* *Bruttoeinkommen € monatlich*

Betrieb/Dienststelle *Träger*

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle *PLZ/Ort*

Beschäftigungsverhältnis

- ☐ *angestellt*
- ☐ *beamtet*
- ☐ *Honorarkraft*
- ☐ *in Rente*
- ☐ *pensioniert*
- ☐ *Altersübergangsgeld*
- ☐ *arbeitslos*
- ☐ *beurlaubt ohne Bezüge*
- ☐ *teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche*
- ☐ *im Studium*
- ☐ *ABM*
- ☐ *Vorbereitungsdienst/ Berufspraktikum*
- ☐ *befristet bis* _____
- ☐ *Sonstiges*

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.
Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort/Datum *Unterschrift*

Daten des Werbers

Ich habe die oben stehende Person als neues GEW-Mitglied geworben.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon *Fax*

E-Mail

Bitte den Antrag vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft
Brigitte Stamm
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a. M.
Fax: 069/78973-102

Vielen Dank!
Ihre GEW

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Nachhaltigkeit als

Mentalitätswandel ist die Aufgabe von Bildung

s Herausforderung

Cartoons: Thomas Plaßmann

Waren die 1970er- und 1980er-Jahre vor allem durch die Auseinandersetzung mit Umweltproblemen bestimmt, werden die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen seit den 1990er-Jahren von der Globalisierung einerseits und dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung andererseits geprägt. Doch der Begriff der Nachhaltigkeit ist facettenreich – was verbindet sich damit?

Mit der Idee der nachhaltigen Entwicklung verbinden sich verschiedene gesellschaftliche Versionen wie die von der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Selbstbestimmung, des Wohlergehens aller Menschen oder der Zukunftsverantwortung mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung. Wenn von nachhaltiger Entwicklung die Rede ist, wird meist an die Auffassung des Brundtland-Berichts (1987) angeknüpft. Nachhaltige Entwicklung wird hier als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (Hauff 1987) verstanden. De Haan/Harenberg (1999) haben deutlich gemacht, dass mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit die Vorstellung eines Modernisierungs- und Gestaltungskonzepts von Gesellschaft verbunden ist, das ein stärkeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger erforderlich macht. Partizipation wird deshalb häufig eng mit nachhaltiger Entwicklung verknüpft.

Zwar hat die Idee der nachhaltigen Entwicklung mit dem Brundtland-Bericht und der Agenda 21 (1992) den Weg in die politische Arena gefunden, aber als Bildungskonzept wird sie von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Grundprinzipien der Nachhaltigkeit wie Gerechtigkeit, fairer Handel zwischen armen und reichen Ländern oder der sorgfältige Umgang mit natürlichen Ressourcen stoßen in der Bevölkerung jedoch auf hohe Zustimmung. Das lässt vermuten, dass in der Gesellschaft ein guter Resonanzboden für eine der nachhaltigen Entwicklung verpflichteten Politik und entsprechende Bildungsansätze vorhanden ist (Grunenberg/Kuckartz 2005).

Eine nachhaltige Entwicklung schließt eine weitreichende Veränderung der Lebensweisen der Menschen wie auch einen tiefgreifenden Wandel der dominanten Produktions- und Konsummuster mit ein.

Grundlegende gesellschaftliche Neuorientierungen und Veränderungen erfordern ein ebenso weitreichendes Umdenken in der Bevölkerung. Dies kann nur über das Lernen eintreten. Das heißt, der damit verbundene Mentalitätswandel sollte als Aufgabe des Bildungssystems verstanden werden. Bildung ist deshalb auch ein wesentlicher Teil des globalen Nachhaltigkeitsprozesses. Ihr Beitrag wird in der Agenda 21 im Kapitel 36 ausdrücklich eingefordert und als eine unerlässliche Voraussetzung für die weltweite Förderung nachhaltiger Entwicklung und der Fähigkeit des Menschen gesehen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinanderzusetzen.

Vernetzung mit Umwelt

Der Erziehungswissenschaftler *Wolfgang Klafki* forderte schon vor Jahren, sich in Bildungsprozessen mit zentralen Schlüsselproblemen des Jahrhunderts auseinanderzusetzen, damit alle Menschen eine Chance haben, ihre Welt zu verstehen und auf deren Veränderungen Einfluss zu nehmen (Klafki 1995). Schlüsselprobleme – etwa die Migrationsfrage oder die Globalisierung – sind in Bildungseinrichtungen unter der Nachhaltigkeitsperspektive zu bearbeiten, zu ergänzen und zuzuspitzen. Fragen und Entscheidungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene müssen auf ihre ökologische und soziale Verträglichkeit, ökonomische Sicherung und den Respekt vor kultureller Eigenständigkeit (Stoltenberg/Michelsen 1999) überprüft werden. Bildungsprozesse im Kontext nachhaltiger Entwicklung erfordern somit eine komplexe, mehrperspektivische Sichtweise, die die von Umweltbildung deutlich erweitert (Michelsen 2006).

Gestaltungskompetenz als Ziel

BNE orientiert sich an dem Ziel, dass die Menschen Gestaltungskompetenz (s. Kasten auf Seite 9) erwerben. Mit ihr wird die nach vorne weisende Fähigkeit beschrieben, „die Zukunft von Sozietä-

ten, in denen man lebt, in aktiver Teilhabe im Sinne nachhaltiger Entwicklung modifizieren und modellieren zu können“ (de Haan/Harenberg 1999).

Vor diesem Hintergrund wird auf der einen Seite der Erkenntnis Rechnung getragen, dass Kompetenzen von Menschen nur durch Selbsttätigkeit in der eigenen Lebenswelt erworben werden können. Auf der anderen Seite ist klar, dass das Nachhaltigkeitspostulat nur durch ein aktives Gestalten entsprechend kompetenter Bürger zu verwirklichen ist.

Mit Risiken umgehen lernen

In der deutschen Diskussion über Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurden Kompetenzen definiert, von denen man erwartet, dass sie eine aktive, reflektierte und kooperative Teilhabe am Gestaltungsauftrag einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen.

Dabei orientiert man sich an einem Bildungsverständnis, das durch die bildungstheoretischen Prämissen von Offenheit, Reflexivität und Zukunftsfähigkeit geprägt ist:

- Offenheit, weil sich Wissensbestände als subjektiv und relativierbar erwiesen haben.
- Reflexivität, weil Subjekt und Objekt einer dynamischen Wandlung unterliegen, die nur durch übergeordnete Reflexion zu erfassen ist.
- Zukunftsfähigkeit, weil in der zuneh-

„Allianz Nachhaltigkeit lernen“

UN-Dekade BNE

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat mittlerweile weltweite Bedeutung.

Zehn Jahre nach der Weltumweltkonferenz von Rio de Janeiro hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2002 die Dekade Education for Sustainable Development für den Zeitraum 2005 bis 2014 ausgerufen. Mit der Koordination dieser Dekade wurde die UNESCO beauftragt. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind aufgefordert, national und international Bildungsaktivitäten zu entwickeln, die das Ziel der Weltgesellschaft, die Lebens- und Überlebensbedingungen für jetzige und künftige Generationen zu bewahren, unterstützen und Wege dorthin aufzeigen.

> **„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.“**
>
> *(Bericht der Brundtland-Kommission, 1987)*

Nationaler Aktionsplan

In Deutschland spielt die UN-Dekade eine wichtige Rolle. Bereits 2003 wurden mit der „Hamburger Erklärung“ der Deutschen UNESCO-Kommission (*www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_national/Hamburger_20Erkl_C3_A4rung.pdf*) entsprechende bildungspolitische Weichen gestellt. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat in der Bundesrepublik – ähnlich wie die UNESCO innerhalb der Vereinten Nationen – eine koordinierende Funktion übernommen. Ein von ihr eingesetztes Nationalkomitee versammelt Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Kultur und Medien, die sich in der Öffentlichkeit für die Idee der Nachhaltigkeit einsetzen. Die Lebensweise in den Industrieländern ist durch hohen Konsum, hohe Ressourcennutzung, hohen Energieverbrauch, hohes Verkehrsaufkommen und hohe – teilweise giftige – Abfallmengen geprägt. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung stellt die engen Beziehungen, die zwischen Lebensstil, Umweltqualität und einer gerechten Verteilung der Ressourcen bestehen, in den Vordergrund. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung muss nach diesem Verständnis an den derzeitigen Lebensstilen unserer Gesellschaft anknüpfen. Querschnittsthemen wie Fragen des Klimawandels oder des Umgangs mit den Ressourcen Wasser und Energie sind in diesem Zusammenhang genauso relevant wie die Frage nach einer Generationengerechtigkeit.

Der deutsche Bundestag hat im Vorfeld der UN-Dekade im Sommer 2004 die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplanes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen, der Bestandteil einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden soll. Oberstes Ziel des nationalen Aktionsplans*: nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen in Deutschland zu verankern. So soll die Bundesrepublik in den kommenden Jahren wesentliche Fortschritte machen und den heranwachsenden Generationen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit vermitteln. Seit Beginn der Dekade besteht die Möglichkeit, geeignete Projekte und Initiativen aus Deutschland, die dem Ziel der BNE entsprechen, als offizielle Initiativen für die „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“ anerkennen zu lassen. Mittlerweile sind über 600 Projekte ausgezeichnet worden.

Gerd Michelsen

*Eine Neuauflage des Nationalen Aktionsplans wird im Sommer 2008 erscheinen.
Weitere Infos unter: *www.bne-portal.de*

menden Dynamik des globalen Wandels nur derjenige handlungsfähig bleiben kann, der gelernt hat, mit Unsicherheiten und Risiken verantwortungsbewusst umzugehen.
Das Konzept der Gestaltungskompetenz zeichnet sich somit besonders durch Kompetenzen aus, die eine zukunftsweisende und eigenverantwortliche Mitgestaltung an einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen.
Das setzt voraus, dass nachhaltige Entwicklung als notwendiger Bestandteil von Modernisierungsmaßnahmen begriffen werden wird.
Diese bedürfen visionärer und innovativer Lebensentwürfe von Menschen, die sich von bestehenden, eingeschliffenen Gewohnheiten und Denkansätzen abheben.

Gerd Michelsen,
Professor am Institut für Umweltkommunikation, Uni Lüneburg

Gestaltungskompetenz

„Das Konzept der Gestaltungskompetenz umfasst folgende Teilkompetenzen (*gekürzt und nicht vollständig* – Anm. d. Red.):

- Die Kompetenz, vorausschauend zu denken, mit Unsicherheit sowie mit Zukunftsprognosen, -erwartungen und -entwürfen umgehen zu können.
- Die Kompetenz, interdisziplinär zu arbeiten: Ein angemessener Umgang mit Komplexität erfordert das Erkennen und Verstehen von Systemzusammenhängen.
- Die Kompetenz zu weltoffener Wahrnehmung, transkultureller Verständigung und Kooperation: Phänomene sollen in ihrem weltweiten Wirkungszusammenhang erfasst und lokalisiert werden, Lösungen für globale Probleme in weltweiten Kooperationen gesucht werden.
- Partizipationskompetenz: Von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Bildung ist die Fähigkeit zur Beteiligung an nachhaltigen Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen.
- Die Fähigkeit, Handlungsabläufe planen, Kooperationen entwickeln und Überraschungseffekte einkalkulieren zu können.
- Fähigkeit zu Empathie, Mitleid und Solidarität: Das Konzept der Nachhaltigkeit ist eng mit dem Ziel verbunden, mehr Gerechtigkeit zu befördern. Sich in diesem Sinne engagieren zu können, macht es erforderlich, individuelle und kollektive Handlungs- und Kommunikationskompetenzen im Zeichen weltweiter Solidarität auszubilden."

Literatur:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.) (o.J.): Umweltpolitik, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente – Agenda 21. Bonn
De Haan, G./Harenberg, D. (1999): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Gutachten zum Programm. Heft 72. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Bonn
De Haan, G. (2004): Politische Bildung für Nachhaltigkeit. – Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8
Grunenberg, H./Kuckartz, U. (2005): Umweltbewusstsein. Empirische Erkenntnisse und Konsequenzen für die Nachhaltigkeitskommunikation. In: Michelsen, G./Godemann, J. (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. München, 2. 195-206
Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
Klafki, W. (1995): „Schlüsselprobleme" als thematische Dimension einer zukunftsbezogenen Allgemeinbildung – Zwölf Thesen. In: Münzinger, Klafki, W. (Hrsg.): Schlüsselprobleme im Unterricht. München. Die deutsche Schule, 3. Beiheft
Michelsen, G. (2006): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Meilensteine auf einem langen Weg. In: Tiemeyer, E./Wilbers, K. (Hrsg.): Berufliche Bildung für nachhaltiges Wirtschaften. Bielefeld
Stoltenberg, U./Michelsen, G. (1999). Lernen nach der Agenda 21: Überlegungen zu einem Bildungskonzept für eine nachhaltige Entwicklung. NNA-Berichte I /12), S. 45-54

Karikaturen: Thomas Plaßmann

Lokal handeln – vernetzt denken

Im Schulalltag ist Bildung für nachhaltige Entwicklung noch nicht angekommen

Bildung für nachhaltige Entwicklung steht zwar in vielen Lehrplänen und in manchem Schulprogramm – und es gibt zahlreiche Materialien –, aber wirklich verankert im Alltag und interdisziplinären Unterrichtsprojekten ist sie bei Weitem nicht. Das liegt nicht zuletzt daran, dass das Themenfeld in Aus- und Weiterbildung immer noch wie ein Stiefkind behandelt wird.

Ende vergangenen Jahres lud die Wilma-Rudolph-Gesamtschule in Berlin Eltern und Schüler zu einem Afrikaabend ein. Nichts Ungewöhnliches – eigentlich. Der Abend bildete den Schlusspunkt eines mehrmonatigen fachübergreifenden Projektes, an dem die Fächer Politik, Darstellendes Spiel, Deutsch und Musik beteiligt waren. Die Lehrkräfte hatten vorher abgesprochen, dass im Politikunterricht als Beispiel für globale Entwicklung die wirtschaftliche und soziale Lage Ghanas und die damit zusammenhängende Migration der Bevölkerung bis hin zur risikoreichen Überfahrt der Bootsflüchtlinge behandelt, im Musikunterricht mit einem ghanaischen Musiker und im Darstellenden Spiel mit einem kenianischen Tänzer gearbeitet werden sollte. Der Deutschunterricht steuerte themenbezogene Texte bei, aus denen Schritt für Schritt eine szenische Präsentation entstand. Der Afrikaabend dokumentierte die Ergebnisse der interdisziplinären Arbeit im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihrer Vielfalt.

Grundsätzlich interdisziplinär

Sicher, derartige Projekte und Veranstaltungen gibt es bundesweit in vielfachen Varianten. Im Fall der Berliner Gesamtschule konnten die pädagogischen Aktivitäten durch externe Hilfe gut ergänzt werden. So wurde der Musiker von einer Nichtregierungsorganisation (NRO) finanziert, der Tänzer – über Elternkontakte vermittelt – arbeitete ehrenamtlich. Aus dem Elternkreis gesellte sich außerdem ein Dokumentarfilmer mit ghanaischem Hintergrund hinzu, der seinen Film über die Migrationsproblematik in Afrika zeigte.

Solche Bedingungen finden sich freilich nicht überall. Denn ein Grundsatzpro-

blem der Praxis von BNE besteht darin, weltweite Zusammenhänge in ihrer Vernetzung zu erkennen und darzustellen. BNE ist grundsätzlich interdisziplinär angelegt. Das hängt mit den sehr komplexen Zukunftsaufgaben – z.B. Klimaschutz, Hungersnöte, Rohstoffknappheit – zusammen, die sie thematisiert. Hilfreich sind die Angebote von NROs, auf die Schulen inzwischen in vielen Bundesländern zurückgreifen können. Für den Unterricht gilt: Folgen globaler Prozesse können lokal, regional und weltweit beschrieben werden. Globale Zusammenhänge erschließen sich auch durch die Betrachtung lokaler Probleme. So problematisiert das Unterrichtsprojekt „Katanga in der Lausitz" Probleme des Rohstoffabbaus für die Lebenswelt von Menschen im Kongo genauso wie die Folgen des Braunkohleabbaus in der brandenburgischen Lausitz. Das lokale und regionale Umfeld ist sowohl als Ort für das Lernen als auch des Mitwirkens und Mitgestaltens von Bedeutung. Entscheidet sich das Team einer Bildungsinstitution, das Schulprofil im Sinne einer BNE neu auszurichten, sucht es am besten nach lokalen Kooperationspartnern und beteiligt diese an den geplanten Unterrichtsprojekten. Angebote kommen etwa von Organisationen wie dem DED-Schulprogramm in Berlin, dem Arbeitskreis „Eine Welt" in Reutlingen oder dem Institut für angewandte Kulturforschung in Göttingen.

Viele Möglichkeiten

Natürlich gibt es auch andere pädagogische Methoden, sich dem Komplex BNE zu nähern, als es die Berliner Gesamtschule praktiziert hat. So können Bildungseinrichtungen komplette außerschulische Angebote nutzen. Ein Beispiel dafür ist im Raum Nordhessen/Südniedersachen das kooperative Bildungsprojekt „Welt-Garten" im Tropengewächshaus Witzenhausen der Universität Kassel. In Zusammenarbeit mit einem Weltladen und einer Reihe weiterer, z.T. kirchlicher Träger und NROs bündelt der „Welt-Garten" die Potenziale verschiedener Lernorte: Tropengewächshaus, Weltladen, Völkerkundemuseum und Kolonialbibliothek. Jährlich arbeiten dort einige tausend Schülerinnen und Schüler kritisch an kolonialer Geschichte, zum Fairen Handel, zur Biodiversität, zum Regenwald und zur Globalisierung. Bildung für nachhaltige Entwicklung trifft hier auf Globales Lernen, d.h. Umwelt und Entwicklung (wirtschaftliche, politische und soziale) werden aufeinander bezogen und vernetzt bearbeitet (*www.weltgarten-witzenhausen.de*).

Widerstände der Behörden

Trotz solcher Angebote ist es immer noch nicht selbstverständlich, dass sich Bildungsinstitutionen auf ihr lokales Umfeld beziehen und dabei mit Schülern globale Zusammenhänge entdecken und verstehen, weil es lange Zeit keine Ermutigung und oft Widerstände der Schulbehörden gab. Gleichzeitig sind Projekte wie internationale Schulpartnerschaften aufwändig und müssen gut beraten werden, damit sie nicht auf halbem Wege stecken bleiben und bei Schülern und Lehrpersonen genauso viel Frust zurückbleibt wie bei den internationalen Partnern. So vermittelt und begleitet der Verein „Schulwälder für West-Afrika" aus Göttingen längerfristig mehrere Schulpartnerschaften, etwa die der Schule am Habbrügger Weg – Schule für Lernhilfe. Es gibt auch Handelspartnerschaften. Die Schülerfima „FairChoc" am Hamburger Gymnasium Altona nahm zu der Kakaobauernkooperative CONACADO in der Dominikanischen Republik Kontakt auf. Eine Entwicklungshelferin war behilflich, der „Verein Weitblick" der Hamburger Christuskirche begleitet das Projekt. Die Schüler verkaufen faire Produkte, sie und die Partner lernen Lebens- und Arbeitsbedingungen – auch bei gegenseitigen Besuchen – kennen. Finanziert wird dies über kirchliche Fonds und Stiftungen. Es sind gerade Lehrkräfte, die sich ehrenamtlich engagieren und die Früchte ihres Engagements in die Schulen bringen. Das führte immerhin in den vergangenen Jahren vielerorts zu engerer Kooperation und Vernetzung von entwicklungspolitischem Lernen mit Umwelt- und Naturschutzbildung unter dem gemeinsamen Dach der BNE.

Globalisierung, Umwelt und Ent-

Die Evang. Jugendhilfe Kirschbäumleboden gGmbH liegt im Herzen des Markgräflerlandes zwischen Freiburg und Lörrach und sucht zum Schuljahr 2008/09 eine/einen

SCHULLEITERIN, SCHULLEITER

In unserer Schule am Heim (Grund- und Hauptschule für Erziehungshilfe mit Förderschulzweig) werden derzeit bis 50 Kinder und Jugendliche in einem strukturierten und transparenten Rahmen intensiv gefördert. Das Kollegium besteht aus 12 engagierten Lehrerinnen und Lehrern. Die Schule und der sozialpädagogische Bereich sind eng miteinander verzahnt.

Wir erwarten eine Persönlichkeit

- die innovativ und zielgerichtet arbeitet,
- die Klarheit und Transparenz im Handeln zum Ausdruck bringt,
- die die kooperativen Strukturen mit öffentlichen Schulen aktiv weiterentwickelt,
- die stabil und belastbar Herausforderungen entgegentritt,
- die von ihrer sozialen Kompetenz getragen, engagiert und mit Begeisterung ihren Beruf ausübt.

Wir bieten Ihnen

- Freiräume um Ihre innovativen und kreativen Fähigkeiten einzubringen,
- ein aufgeschlossenes und sehr motiviertes Kollegium,
- die Einbindung und Zusammenarbeit im Leitungsteam der Gesamteinrichtung,
- Fortbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- eine Anstellung in Anlehnung an die Regelung für den öffentlichen Schuldienst sowie eine Vergütung analog des Bundesbesoldungsgesetztes.

Bitte richten Sie Ihre aussagefähige Bewerbung bis spätestens 21.06.2008 an:

Evangelische Jugendhilfe
Kirschbäumleboden gGmbH
Alemannenstr. 7
79379 Müllheim
z. Hd. Herrn Blessing

www.kirschbaeumleboden.de

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als **Klinik für Ganzheitsmedizin** arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung" die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Ihre Aufnahme kann kurzfristig erfolgen

Kostenloses Service-Telefon:
0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro:
0561 / 3108 - 186, - 622

wicklung geraten neuerdings mehr in den Blick derjenigen, die Bildung steuern. Globale Fragen haben inzwischen eine beachtliche Resonanz in Lehrplänen etlicher Bundesländer, in Handreichungen von Landesinstituten für Lehrerweiterbildung und (weniger) in Lehrbüchern gefunden. Der 2007 von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgelegte „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ wird weitere Anstöße geben (s. Kasten). Auch an qualifizierten Unterrichtmaterialien mangelt es nicht (s. Seite 20). Für die Erschließung der Materialien, die von kleineren oder größeren NROs wie Misereor oder dem Evangelischen Entwicklungsdienst, aber auch dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) oder Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert werden, ist allerdings immer noch ein „Insiderwissen“ erforderlich. Zwar existieren Vernetzungsstrukturen, d.h. Zeitschriften, Internetportale etc., doch sie erreichen bisher nur einen kleineren Teil des Fachpersonals.*

Knackpunkt Ausbildung

Knackpunkt bleibt aber nach wie vor die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Was dort oder in der Weiterbildung an Kenntnissen nicht vermittelt wird, findet später nur unter Schwierigkeiten Eingang in die Unterrichtspraxis. Dadurch, dass Rahmenlehr-, Lehr- und Bildungspläne jetzt neu konzipiert werden, entstehen hoffentlich verstärkt Sachzwänge, die wiederum neue Ansprüche an die Lehreraus- und -weiterbildung stellen. Dennoch: Der thematische Faden zur BNE wird bis heute von nur relativ wenigen Hochschulen aufgenommen. So findet man beispielsweise in der Ausbildung von Lehramtsstudierenden für das Fach Politik (und Wirtschaft) bundesweit nicht einmal eine handvoll Hochschulstandorte, an denen strukturiert BNE-Themen eingebracht werden.

Die Ausdünnung der Lehrerweiterbildung und die Abnahme von Unterstützungsstrukturen der stark geschrumpften Landesinstitute für Lehreraus- und -weiterbildung verhindern zusätzlich einen schnellen Ausbau dieses zukunftsrelevanten Bereiches.

Bernd Overwien,
Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Uni Kassel

*Zwei neue Webportale erleichtern seit einigen Monaten die Suche: *www.globaleslernen.de*, *www.bne-portal.de*

Orientierungsrahmen: globale Entwicklung lernen

In einer Zukunft, die zunehmend eine multipolare Weltordnung bestimmt, wird nachhaltige zur globalen Entwicklung. Dem trägt der „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung“* Rechnung.

Er wurde im vergangenen Jahr von der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedet, „um die Bildungsverwaltungen und die Lehrplanentwicklung der Länder, die Lehrerbildung auf allen Ebenen, Schulbuchautoren und Herausgeber schulischer Materialien konzeptionell zu unterstützen“, beschreibt Prof. *Jürgen Zöllner* (SPD), Berliner Bildungssenator und damaliger KMK-Präsident, das Ziel des Papiers. Eine Autorengruppe aus 40 Fachleuten des „KMK-BMZ-Projektes zur Förderung entwicklungspolitischer Bildung“ hat den Orientierungsrahmen erstellt. Er fand inzwischen in der Fachöffentlichkeit breite Aufmerksamkeit; das Projekt ist Teil des Nationalen Aktionsplans der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (s. Seite 8).

Der Orientierungsrahmen liefert Bezüge für die Bearbeitung globaler Entwicklung in Grundschulen sowie in den naturwissenschaftlichen Fächern Geographie, Politische Bildung, Religion und Ethik bis hin zu Beispielaufgaben z.B. für Biologie oder Erdkunde. Diese ergänzen den in vielen Schulen üblichen Zugang über fachübergreifende Vorhaben wie Projekttage. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird mit seiner Durchführungsorganisation InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) auch die Umsetzung des Orientierungsrahmens in den Ländern begleiten.

Hannes Siege,
Mitautor des Orientierungsrahmens

*„Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“, zusammengestellt und bearbeitet von Dieter Appelt und Hannes Siege. Herausgeber: BMZ, Bonn/Berlin, 2007

Der Orientierungsrahmen steht als Download unter *www.gc21.de/KMK-BMZ* zur Verfügung. Einzelne Exemplare können kostenfrei bestellt werden über: *hannes.siege@inwent.org*

Spürnasen im Dienste der Umwelt

Ein Abstecher nach Heidelberg

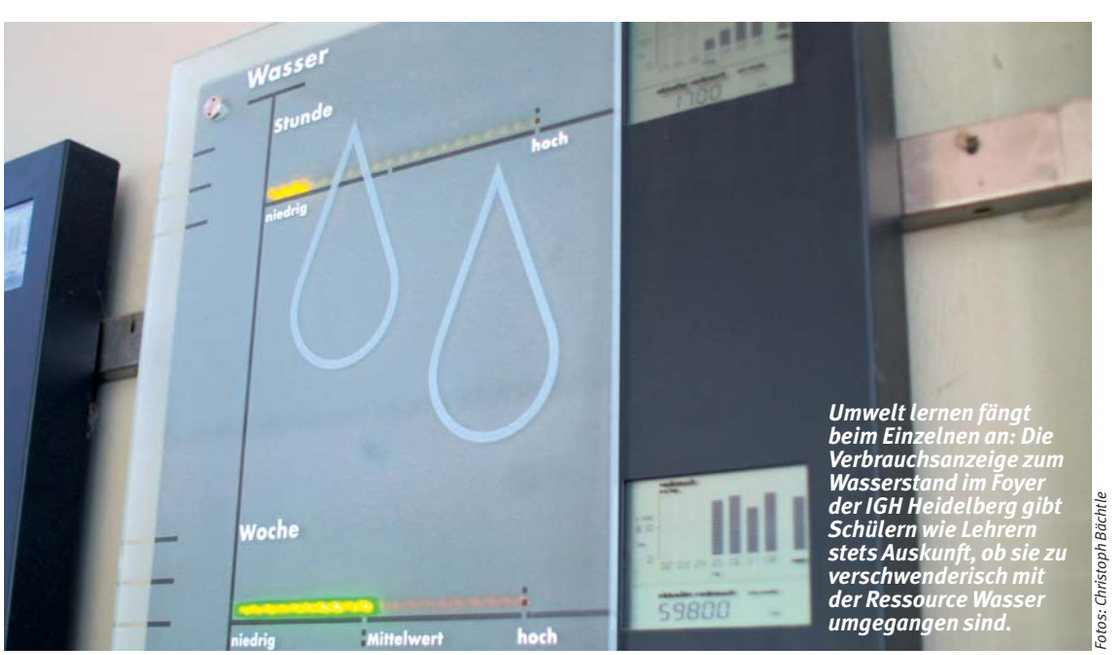
An der Internationalen Gesamtschule Heidelberg ist Nachhaltigkeit zum Programm geworden. Die Schule besitzt sowohl ein Öko- als auch ein Nachhaltigkeitszertifikat. Sie ist eine von 128 anerkannten UNESCO-Projektschulen in Deutschland.

„Ich finde es schlimm, was hier los ist!“ Angesichts der Mängel im Besprechungsraum hält *Oliver Fischer* mit seinem Ärger nicht hinter dem Berg. „Hier fehlen die Mülleimer für die Mülltrennung und es hängt keine Checkliste aus“, erklärt er den Grund seines kurzfristigen Unmuts. Oliver besucht die 6. Klasse der Internationalen Gesamtschule Heidelberg (IGH) und ist aktives Mitglied im E-Team. Im E-Team haben sich die Energie- und Umweltdetektive der Schule organisiert. Ihre Aufgabe ist, Umweltsünder und Energieverschwender zu überführen.

Seit 1996 gehen die Spürnasen im Dienste der Umwelt an der IGH auf Tour. Gemeinsam mit Vertretern der Stadt und des IFEU-Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH suchte damals das erste Schüler-E-Team nach Energieverschwendung an der Schule. Die Vereinbarung zwischen der Stadt und der Schule lautete: Sollte es der IGH gelingen, durch bewusstes Verhalten den Energieumsatz zu senken, wird sich die Kommune erkenntlich zeigen. 40 Prozent der eingesparten Ausgaben sollten der Schule direkt zugute kommen, weitere 40 Prozent für Investitionen in den Umweltschutz eingesetzt werden. Die restlichen 20 Prozent wollte die Stadt für ihren Haushalt verbuchen. Das E-Team wurde seitdem immer wieder fündig und machte die Schule nach und nach zum Energiesparer. Im Schuljahr 1999/2000 reduzierten Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der IGH die Energiekosten im Vergleich zum Jahr 1995/96 um etwa 45 000 Euro. Von dem Geld kaufte die Schule eine Solaranlage und ein Windrad.

Konsequenz und Engagement

Auszeichnungen und Anerkennung (s. Kasten, S. 15), die die Schule für ihre konsequente Umsetzung ökologischen Denkens erhielt, hätten jedoch nichts bewegt, wenn Lehrkräfte und Schüler nicht engagiert gehandelt hätten. An der IGH haben sie mit den Eltern Programme, Projekte und Strukturen geschaffen, mit denen sie das Themenfeld Nachhaltigkeit Stück für Stück erschlossen und zunehmend im Schulbetrieb fixiert haben. *Horst Rehfuss*, Regionalkoordinator der UNESCO-Projektschulen und an der IGH Lehrer für Mathematik, Ethik und Technik: „Das Thema Nachhaltigkeit wird bei uns in allen Fächern aufgegriffen. Wenn in Mathematik beispielsweise Prozentrechnen ansteht, werden geeignete Beispiele gewählt, etwa das veränderte Verkehrsaufkommen oder die Entwicklung bei den Windkraftanlagen.“ *Margrit Knapp-Meimberg*, Lehrerin für Chemie und Biologie sowie Umweltbeauftragte der Schule, ergänzt: „Wir evaluieren im Unterricht beispielsweise



Umwelt lernen fängt beim Einzelnen an: Die Verbrauchsanzeige zum Wasserstand im Foyer der IGH Heidelberg gibt Schülern wie Lehrern stets Auskunft, ob sie zu verschwenderisch mit der Ressource Wasser umgegangen sind.

Fotos: Christoph Bächtle

Einfach mal auswandern!

- Freunde gewinnen
- Land und Leute entdecken
- begeisternde Reiseleiter

Aktivurlaub, der Sie bewegt.

Unser Reisetipp:
Polen – Die Danziger Bucht
8-tägige Standortwanderreise in kleiner Gruppe inkl. Flug, Übernachtungen, Halbpension und Wikinger-Reiseleitung
ab € 668

Kommen Sie mit!

Unsere Kataloge:
Wandern in Europa
Trekking weltweit
Erlebnis Fernreisen
Rad-Urlaub

Infos und Kataloge:
mail@wikinger.de
www.wikinger.de
0 23 31 - 90 47 42

WIKINGER REISEN
Urlaub, der bewegt.

Oliver Fischer ist einer vom E-Team. Im E-Team haben sich die Energie- und Umweltdetektive der Internationalen Heidelberger Gesamtschule (IGH) organisiert. Sie sollen in den Klassen Umweltsünder und Energieverschwender aufspüren.

den Energieumsatz der Schule, erstellen entsprechende Grafiken und verschriftlichen die Ergebnisse. Das Ganze findet anschließend Eingang in den Umwelt-Zwischenbericht."

Spielraum für interdisziplinäre Projekte hat besonders der neue Bildungsplan geschaffen, der es den Schulen ermöglicht, ein Drittel des Curriculums selbst zu gestalten.

Trotzdem bleibt Nachhaltigkeit für die Lehrkräfte an der IGH eine besondere Herausforderung. Rehfuss: „Viele Themen müssen wir uns selbst erarbeiten. Positiv ist, dass viele UNESCO-Themen inzwischen auch im Bildungsplan berücksichtigt sind."

Selbstkontrolle Öko-Audit

Es ist kein Zufall, dass die IGH ihre Aufgabe, Nachhaltigkeit als pädagogisches Leitkonzept umzusetzen, erfolgreich löst. Denn die Schule hat Tatsachen geschaffen, die bindend sind. Dazu zählt zum einen das Öko-Audit, das der Schule Selbstkontrolle abverlangt und Jahr für Jahr kontinuierlich Verbesserungen einfordert. Zum anderen ist Nachhaltigkeit, der verantwortliche Umgang mit Ressourcen und der Umwelt, Bildungsziel im Schulprogramm. „Wichtig ist, ein Nachhaltigkeitskonzept zu haben, das alle in der Schulgemeinde verpflichtet und nicht an einzelne Personen gebunden ist", betont Rehfuss. Die Schule hat umweltpolitische Grundsätze verfasst, in denen es unter anderem heißt: „Die IGH ist Teil des Lebensraums für die darin tätigen Menschen und gleichzeitig Lernort. Deshalb wird versucht, durch die ökologische Umgestaltung mit Hilfe aller Beteiligten ökologische Lernziele zu verfolgen…"

Quittung für Energiesünden

Man möchte einwenden, dass derart wohlgemeinte Worte schon oft geschrieben wurden, ohne etwas zu bewegen. Dass den Worten an der IGH tatsächlich Taten folgten, lässt Zweifler jedoch verstummen. Denn die Verantwortlichen haben zusätzlich zu Audit und Zieldefinition auch personelle und institutionelle Strukturen in ihrer Einrichtung geschaffen, um BNE in die Praxis umzusetzen. Dazu zählt zum Beispiel das Umweltteam, das 1999 als Teil des Umweltmanagements ins Leben gerufen wurde. In diesem 15-köpfigen Gremium beraten Schüler, Lehrer sowie je ein Vertreter der Schulleitung, der Verwaltung und des Amts für Umweltschutz der Stadt Heidelberg über alle Umweltfragen der Schule. Ebenfalls zu nennen sind die 64 Umweltsprecher aus den Klassen und das E-Team. Sie leisten wichtige Basisarbeit, indem sie Schüler und Lehrkräfte beim verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt unterstützen.

In den Nachhaltigkeits- und Zwischenberichten, die die Schule regelmäßig verfasst, wird transparent, wie sich die Umweltschutzarbeit entwickelt. Sie dienen der Erfolgskontrolle.

Am meisten motiviert Erfolg allerdings, wenn er sich nicht nur in abstrakten Zahlen darstellt, sondern erlebt wird. Jedes Jahr gibt es deshalb für drei Klassen der IGH etwas zu feiern. Immer dann, wenn das E-Team die Ergebnisse seiner „Hallo-Aktion" bekannt gibt, erhalten die Schüler die Quittung für ihre Energiesünden. Lässt eine Klasse während der Heizperiode ein Fenster offen stehen oder unnötig das Licht brennen, platzieren die Energiewächter ein „Hallo"-Schild als Ermahnung im jeweiligen Klassenzimmer. Die Klasse mit den wenigsten „Hallos" darf sich über einen Geldpreis und einen Tag schulfrei freuen. Die Zweit- und Drittplatzierten werden ebenfalls ausgezeichnet.

So viel Zeit muss sein …

Oliver Fischer vom E-Team sind die Energiesparregeln der Schule mittlerweile in Fleisch und Blut übergegangen. Für die elf Kilometer Schulweg von Walldorf nach Heidelberg setzt er sich nicht mehr in die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern nimmt das Fahrrad. Soviel Zeit muss sein für Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Christoph Bächtle, freier Journalist

Zertifizierung und Anerkennung

Solaranlage und Windrad – diese Investitionen stehen stellvertretend für den Leitgedanken der IGH: Nachhaltigkeit. In Heidelberg ist dieser Begriff keine leere Worthülse wie in vielen Politikerreden, sondern gelebte Strategie, die fest im Schulalltag verankert ist. 1999 verpasste sich die Schule einen kräftigen Impuls, um sich, ausgehend von der Umwelterziehung, stärker im Thema Nachhaltigkeit zu profilieren. Auf Basis der Erfolge des E-Teams ließ sich die IGH als erste Schule in Deutschland mit einem Öko-Audit nach der EMAS*-Verordnung zertifizieren. 2001 folgte die Anerkennung als UNESCO-Projektschule im Rahmen der UN-Dekade „Zehn Jahre für Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die von 2005 bis 2014 dauert (s. Seite 8). Ein Jahr später hat das Kultusministerium Baden-Württemberg die IGH als eine von zwei Schulen des Landes für die Teilnahme am SINa**-Projekt (Schulische Indikatoren für Nachhaltigkeitsaudit) vorgeschlagen. 2004 folgte die Zertifizierung für Nachhaltigkeit gemäß der SINa-Kriterien.

* EMAS steht für „Eco-Management and Audit Scheme“ und ist ein von den Europäischen Gemeinschaften 1993 entwickeltes Instrument für Unternehmen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen. Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 761/2001. Der Aufbau eines Umweltmanagements und die Abläufe entsprechen seit 2001 auch bei EMAS der ISO 14001.

** Im Mittelpunkt von SINa steht ein Selbstbewertungsverfahren. Anhand von acht Kriterien, beurteilen Schulen ihren Stand in Sachen Nachhaltigkeit. Die acht Handlungsfelder sind: 1. Leitbild und Planung; 2. Schulmanagement; 3. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; 4. Schulleben; 5. Unterricht; 6. Kompetenzen; 7. Ressourcen; 8. Externe Kooperationsbeziehungen. Auf Basis der Selbsteinschätzung betreiben die Schulen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP), um Nachhaltigkeit zu entwickeln und zu stärken.

Hund beißt Flugzeug

Tausend kuriose Meldungen aus aller Welt

Anne und Ingo Reichardt
1. Auflage 2001, 424 Seiten
19,90 € zzgl. Versand

STAMM Verlag GmbH
Fax: 0201/47 25 90
www.stamm.de

"... Eine kunterbunte Lektüre, die auf den Nachttisch passt, aber auch manches Meeting heiterer machen kann." w&v

Das Schaf, das sich durch einen selbstmörderischen Sprung vom Dach eines sechsstöckigen Hauses seiner eigenen Opferschlachtung entzog, der Fälscher, der einen 30-DM-Schein kreierte oder der Igel, der soviel Radau machte, dass die Polizei mit mehreren Streifenwagen anrückte: "Hund beißt Flugzeug" ist eine urkomische Sammlung verrückter Meldungen zum Schmunzeln, Kopfschütteln, Lachen und Staunen - ein Buch für den Nachttisch, in dem man immer wieder blättern und "schmökern" kann.

SOMNIA PRIVATKLINIKEN
MÖNCHENGLADBACH UND KÖLN/HÜRTH

Neue Kraft

Wir geben Ihnen individuelle Hilfe bei:

Angst- und Zwangsstörungen, Belastungsreaktionen, Depressionen, Essstörungen, Erschöpfungsreaktionen, Entgiftungen, organischen Störungen, Schlafstörungen.

Privatkassen, Beihilfen,
keine Kur- und Sanatoriumsbehandlung.

www.somnia-klinik.de

Horst 48, 41238 Mönchengladbach
Anmeldung/Info: Tel: 02166/8685-0

Friedrich-Ebert-Straße 11a, 50354 Hürth
Anmeldung/Info: Tel: 02233/9723-0

NaturGut Ophoven in Leverkusen: Rund 80 verschiedene Lernerlebnisse stehen hier für alle – von den Jüngsten bis hin zu Erwachsenen – bereit. Alles beginnt mit einem genauen Hinschauen.

Erstklässler auf Bärenspuren: Mit den Teddybären sollen sie das Geheimnis von SchuWaLuNa aufdecken. Auf dieser Entdeckungsreise lernen sie, dass SchuWaLuNa die vier Elemente sind, die Lebewesen zum Leben brauchen, nämlich Schutz, Wasser, Luft und Nahrung.

Was ist SchuWaLuNa?

Ein Besuch im NaturGut Ophoven

Gelungene Umweltbildung kann – so Konrad Ott im Gastkommentar – ein Fundament sein, auf dem sich eine Bildung für nachhaltige Entwicklung entfalten kann. Das konkrete Erleben von Tier und Natur macht gerade jüngere Kinder sensibler für die Zusammenhänge zwischen Mensch und Umwelt. Außerschulische Lernorte wie das NaturGut Ophoven in Leverkusen legen die Saat für ein Bewusstsein von Nachhaltigkeit. Ophoven ist ein Lernort, der Entdeckungen ermöglicht, Neugierde, Forschungsdrang weckt und Empathie für das Leben draußen.

„Ich glaube, das ist eine Wildbiene!“ „Mist, meine ist wieder rausgeflogen!“ Langsam bewegen sich 20 Mädchen und Jungen suchend und ausgestattet mit Beobachtungsgläsern rund um die Bienenstation auf dem NaturGut Ophoven, beugen sich hinunter zu Blüten oder kleinen Teichen. Sie sollen Honigbienen, Wildbienen oder Hummeln einfangen. Noch vor wenigen Minuten haben sie mehr oder minder interessiert den Anweisungen von Umweltpädagogin *Ursula Görres-Glüsenkamp* gelauscht. Schließlich sind Bienen nicht unbedingt das, was Achtklässler brennend interessiert. Aber jetzt sind sie voller Tatendrang, rufen begeistert, wenn sie eine Biene gefangen haben, oder ärgern sich, wenn der Fang absolut nicht gelingen will. Nach zehn Minuten treffen sie sich mit ihrer Beute im Bienenpavillon. Alle waren erfolgreich. Nun geht es um die Frage: Was ist eigentlich drin in den Gläsern, eine Honigbiene, eine Wespe, eine Wildbiene, eine Fliege?

Die Ausbeute wird von Ursula Görres-Glüsenkamp, ihrem Mann *Reinhold Glüsenkamp* und den Schülern gemeinsam begutachtet: Die Schüler haben die meisten Tiere richtig zugeordnet. Lediglich eine Wildbiene hatte sich unter die Honigbienen verirrt. „Aber das ist kein Wunder“, erklärt Gesamtschullehrer und Imker Glüsenkamp, „diese Wildbiene sieht einer Biene zum Verwechseln ähnlich. Nur bei genauem Hinschauen entdeckt man, dass sie noch kleiner ist als die Miniaturausgabe einer Honigbiene.“ Genau hinschauen – das lernen die Schüler an diesem Vormittag im NaturGut Ophoven und bauen dabei auf bereits Gelerntes aus dem Unterricht auf. „Das Thema Bienen und Insekten steht fast ein halbes Jahr lang auf dem Stundenplan“, erläutert Glüsenkamp. „Schließlich ist es die bedeutendste Tiergruppe überhaupt.“

Auf Bärenspuren

Ein paar Hundert Meter entfernt wandert währenddessen eine Gruppe Erstklässler auf Bärenspuren. Vor einigen Wochen sind sie per Brief von Eddy Oberteddybär zum Kuscheltierpicknick eingeladen worden. Gemeinsam mit ihren Teddybären sollen sie das Geheimnis von SchuWaLuNa aufdecken. Doch kaum im NaturGut angekommen, waren alle ihre Kuscheltiere plötzlich verschwunden. Aber: Sie haben Spuren hinterlassen. Kleine Tafeln mit Pfotenabdrücken und kurzen Informationen wie: „Hier knabberten wir am Löwenzahn.“ Jetzt müssen die Kinder diese „Bärennahrung“ finden. Im Laufe des Kurses lernen sie, erklärt *Susanne Ben Hischam*, die die Gruppe an diesem Tag betreut, dass SchuWaLuNa die vier Elemente sind, die Lebewesen zum Leben brauchen: Schutz, Wasser, Luft und Nahrung. Jetzt haben sich die jungen Bärensucher erstmal eine Stärkung ver-

Bienen bestimmen: Was ist eine Wildbiene, eine Honigbiene und eine Hummel? Anschließend sollen die Tiere gefüttert werden. Gerade das Füttern ist als direkte Beziehung zum Tier emotional besetzt.

Tier und Natur hautnah erleben – nur aus dem Erleben erwächst Verstehen: Unter Anleitung des Pädagogen Reinhold Glüsenkamp trauen sich die Kinder ganz dicht an den Bienenkorb heran.

Fotos: NaturGut Ophoven

dient. Und am Picknickplatz warten zu ihrer Überraschung die Kuscheltiere bereits auf sie.

„Ein Kind, das in Leverkusen eingeschult wird, kommt mindestens viermal ins NaturGut Ophoven“, berichtet *Marianne Ackermann*, die 1. Vorsitzende des Fördervereins. Aber nicht nur in den Grundschulen gehört die Einrichtung zum selbstverständlichen Bildungsangebot vor Ort, bereits Kindergartenkinder erleben hier Natur mit allen Sinnen oder lernen, z. B. wie Strom erzeugt wird. Rund 80 verschiedene Lernerlebnisse für alle Altersgruppen bietet das NaturGut derzeit.

Unterdessen haben die Achtklässler kleine Käfige bekommen – mit winzigem Drahtgeflecht auf der einen und einem Glas auf der anderen Seite. Oben befindet sich eine kleine Öffnung, die mit einem Korken verschlossen wird. Wieder lautet der Auftrag Bienenfangen. Aber das ist noch nicht alles. Diesmal sollen die Tiere anschließend gefüttert werden.

Immer wieder Begeisterung

Reinhold Glüsenkamp macht sich nichts vor, er weiß um die Motivation von Achtklässlern, wenn es heißt: Es geht ins NaturGut Ophoven. „Die meisten Schüler waren bereits als Grundschüler hier. Sie stecken jetzt mitten in der Pubertät und wollen nicht den ‚Kinderkram‘ wiederholen. Aber schon während des Kurses ändert sich ihre Haltung, viele sind absolut begeistert. Gerade das Füttern ist ja emotional besetzt, als direkte Beziehung zum Tier.“

Tatsächlich beugen sich die Mädchen und Jungen jetzt konzentriert über die kleinen Käfige und versuchen, „ihre“ Bienen zu füttern: mit einem Streichholz, das in Honig getaucht wurde und jetzt durch das Drahtgeflecht geschoben wird. Aber das klappt nicht immer. Das sei nicht verwunderlich, erklärt Glüsenkamp, „schließlich hatten die Bienen ja ein anderes Programm, bevor ihr sie plötzlich gefangen habt.“ „Sie ist dran“, ruft *Simon* in diesem Augenblick. „Meine Biene lutscht am Honig!“

Die Erstklässler sind mittlerweile an ih-

Das **Berufliche Schulzentrum für Technik und Wirtschaft Freital** gehört zu den modernsten Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland. Es erwarten Sie ein interessantes fachliches Programm und das einmalig schöne sächsische Elbflorenz. Auf Wunsch vermitteln wir Ihnen gern organisierte Rundfahrten, Tickets für Dresdens bedeutendste Kultureinrichtungen und außerordentlich günstige Übernachtungsmöglichkeiten (ab 25,-EUR/Pers., incl. Frühstück) in unserem Haus „Am Backofenfelsen“.
Hier finden Sie auch Konferenz- und Beratungsräume und einen Saal für 65 Personen. Zahlreiche Wanderwege in Sachsens schönstem Wald laden zu gemeinschaftlicher Entpannung ein.

Haus „Am Backofenfelsen“

Haus „Am Backofenfelsen“
Tharandter Straße 6, 01705 Freital
Tel. 03 51-6 49 17 52, Fax 03 51-6 49 14 06
www.backofenfelsen.de

Lernen Sie unser Berufliches Schulzentrum kennen

www.bsz-freital.de

rer letzten Station angekommen. Jetzt bauen sie in kleinen Gruppen Inseln für ihre Bären. Die sollen alles beherbergen, was die Tiere zum Leben brauchen. Mit hochroten Köpfen schleppen die Jungen riesige Holzstämme heran, während die Mädchen Blätter und Stöcke sammeln oder den Aufbau organisieren. Zu guter Letzt präsentiert jede Gruppe stolz ihre Insel. Danach folgt ein riesiger SchuWaLuNa-Applaus.

Im Teddyarbeitsheft, das die Kinder anschließend mitnehmen, finden sie die Adresse von Eddy Teddybär. Und der hat im Laufe der Jahre bereits reichlich Post von den jungen Besuchern bekommen. Für die Lehrkräfte gibt es noch ein Informationspaket mit Vorschlägen zur Vertiefung des Themas im weiteren Unterricht.

Link:
http://naturgut-ophoven.de/

Larvenschau

Bei den Achtklässlern geht es ganz dicht ran ans Bienenvolk. Mit Imkerkappen geschützt wagen sie sich unter Anleitung des Lehrers vorsichtig an den Bienenkorb. Ganz wohl ist niemandem. Im Laufe des Sommers wird das Bienenvolk auf etwa 50 000 Tiere anwachsen, rund 20 000 befinden sich zurzeit hier. Auch schon eine beeindruckende Größe, wenn man sich kaum einen Meter davon entfernt befindet. Schließlich wagen es sogar sieben von acht Schülern der ersten Gruppe, eine Wabe zu halten, auf der die Bienen munter hin- und herkrabbeln. Jetzt können sie sich auch die Zellen mit den männlichen und weiblichen Larven ganz genau anschauen und die feinen Unterschiede erkennen. Eine Erfahrung, die ein noch so gutes Biologiebuch nicht ersetzen kann. Denn in außerschulischen Lernorten wie dem NaturGut Ophoven ist entscheidend, dass die Kinder ihre eigenen Entdeckungen machen.

Ute Diehl,
freie Journalistin

Das Schöne an außerschulischen Lernorten wie Ophoven ist, dass Kinder ungezwungen ihre eigenen Naturerfahrungen machen können. Umweltbildung im besten Sinne.

Erfolgsgeschichte Ophoven

Im kommenden Jahr feiert das NaturGut Ophoven seinen 25. Geburtstag. 1984 hatten sich in der Chemiestadt Leverkusen gut 20 Naturschützer zusammengefunden und den „Förderverein Natur- und Schulbiologiezentrum“ gegründet.

Die Stadt stellte dem Verein Räume und Gartengelände auf dem nahezu unbewohnbaren Gut Ophoven zur Verfügung. Seit 1990 beteiligt sich das Land unter anderem mit Personalmitteln. So können Lehrerinnen wie *Marianne Ackermann* und *Susanne Ben Hischam* ihre Stundenzahl zwischen Schule und NaturGut aufteilen. In den folgenden Jahren entstand auf dem 60 000 Quadratmeter großen Gelände neben der naturnah gestalteten Biotopanlage auch das Kinder- und Jugendmuseum Energiestadt mit den Erlebnisausstellungen zum Energiesparen und zum Wohnen in der Stadt, das im Jahr 2000 sogar dezentraler Standort der Expo war.

2006 wurde das NaturGut Ophoven als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung” ausgezeichnet. Gerade hat es wieder einen entscheidenden Schritt in seiner Erfolgsgeschichte getan: Erstmals sollen europaweit Grundlagen für eine stärkere Vernetzung von schulischem und außerschulischem Lernen erarbeitet werden. An dem zweijährigen EU-Projekt „Inspire“ sind außerdem das Institut für Bildung der Staatlichen Höheren Berufsschule in der Partnerstadt Ratibor (Polen), der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und der Universität Dünaburg in Lettland beteiligt. Nicht jede Stadt verfügt über einen Lernort wie Leverkusen mit dem NaturGut Ophoven. Doch das sei auch nicht entscheidend, erklärt NaturGuts-Leiter *Dr. Hans-Martin Kochanek*. „Fast jede Stadt hat einen Zoo, ein Heimatmuseum, ein Naturkundemuseum – all das sind außerschulische Lernorte, die es zu nutzen gilt.“ *Ute Diehl*

Kita-Konzept fehlt

Pädagogisches Defizit im Elementarbereich

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als ein Konzept, an dem sich alle Bildungsbereiche orientieren, ist in Deutschland zwar zu einem wichtigen bildungspolitischen Leitbild auf Bundes- und Länderebene geworden. Verankert in Rahmenplänen, Curricula oder Zielvereinbarungen ist dieses aber bislang kaum.*

Deshalb fehlt der Bezugspunkt für die im Bildungssystem Tätigen. Der oberste Arbeitgeber im Schulwesen oder im Kita-Bereich steht für eine nachhaltige Entwicklung als qualitätsvollem Ziel für die Neuorganisation der Bildungsarbeit noch viel zu wenig ein. Das ist umso überraschender, als ja spätestens seit PISA auf allen Ebenen an neuen bildungspolitischen Vorgaben gearbeitet wird – allerdings unter (verstärkt durch das Föderalismusprinzip) sehr unterschiedlichen Leitbildern. Das kann aktuell gut für den Elementarbereich nachvollzogen werden: Eine Untersuchung der Bildungspläne der Länder für Kindertagesstätten** (Stoltenberg 2008), die zwischen 2003 und 2007 verabschiedet wurden, zeigt: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als grundlegendes Prinzip kommt nur im Bildungsplan von Schleswig-Holstein vor. Explizit wird „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung” darüber hinaus nur im Zusammenhang mit dem Bildungsbereich „Umwelt“ des Bayerischen Bildungsplans erwähnt; im Hessischen Bildungsplan wird Nachhaltigkeit der „Umweltbildung“ zugeordnet. Einige Bildungspläne scheinen von der Diskussion um Bildung für nachhaltige Entwicklung weitgehend unberührt, bei anderen zeigt sie sich nur indirekt in Einzelbeispielen für mögliche Inhalte und Methoden.

Ute Stoltenberg, Professorin an der Fakultät Bildungs-, Kultur- und Sozialwissenschaften der Uni Lüneburg

*Deutscher Bundestag 2001/2005; gemeinsame Positionspapiere auf der Bund-Länder-Ebene, der Modellversuch „BLK 21“ und Aktionspläne in den Bundesländern.
**Stoltenberg, Ute: Bildungspläne im Elementarbereich – ein Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung? Eine Untersuchung im Auftrag der AG Elementarpädagogik des Deutschen Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung. Hamburg/Lüneburg. Februar 2008 (*www.unesco.de*)

Sisyphos braucht Hilfe

GEW-Position zur Nachhaltigkeit

Globale Erwärmung, Umweltkatastrophen im indischen Ozean, Hungeraufstände in der Karibik – die täglichen Medienberichte machen Angst und unterstreichen die Notwendigkeit einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen mit Nachdruck.

Mindestens ebenso lang wie die Liste der Probleme ist die Liste der pädagogischen Ziele. In einem Positionspapier der GEW mit dem Titel „Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung – Lernen für eine zukunftsfähige Welt“* heißt es zum Beispiel: „Allgemeine und berufliche Bildung bereiten auf das berufliche und individuelle Leben vor. Die damit verbundenen Lernprozesse sollen Schülerinnen und Schülern eine weltoffene Haltung und die Fähigkeit, in Alternativen zu denken, vermitteln . . . Genauso wichtig ist . . . die Anregung und Befähigung zu sozialem Engagement für die Durchsetzung der Menschenrechte unter den Bedingungen der Globalisierung. Vor dem Hintergrund weltweiter Entwicklungen und vor allem der Gefahren, die durch Armut und Umweltprobleme drohen, spielen die Vorgaben des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung eine besondere Rolle. BNE und Globales Lernen sind auf ein Verständnis der Wechselwirkungen zwischen der lokalen natürlichen und gesellschaftlichen Lebenswelt und globalen Prozessen ausgerichtet. Sie fördern die Kompetenz für eine nachhaltige Lebensgestaltung sowie eine demokratische Beteiligung an der Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Es handelt sich um ein ganzheitliches Bildungskonzept, das nicht einzelnen Fächern vorbehalten sein kann.“

Kein gutes Vorbild

Das ist unbestritten alles wichtig und richtig. Aber ist es auch machbar? Oder sind auch dies wieder nur weitere Anforderungen, denen Lehrkräfte und Erzieherinnen gar nicht gewachsen sein können? Und die ihnen daher nur ein schlechtes Gewissen machen und zu punktueller Beschwichtigungs- und Symbol-Pädagogik verleiten? Die Politik ist kein gutes Vorbild: Ziele werden formuliert, Protokolle unterzeichnet, Konferenzen veranstaltet – aber man gewinnt nicht unbedingt den Eindruck, dass die Gefahren globaler Katastrophen dadurch geringer werden. Wenn schon die Erwachsenen nichts Gescheites zu Wege bringen – was bringen dann „Umweltdetektive, Bienenfänger“ und Schülerfirmen, die „fair handeln“? Vielleicht nicht genug. Aber sie sind gewiss Beispiele für fröhliches ganzheitliches Lernen. Und sie machen deutlich, dass frontaler Belehrungsunterricht und selektive Schulstrukturen schlechte Voraussetzungen sind, um bei den Heranwachsenden vernetztes Denken, demokratisches Engagement und solidarisches Verhalten zu entwickeln. Und dass Sisyphos ihr ständiger Begleiter ist, ist für Pädagoginnen und Pädagogen ja nun wirklich nichts Neues. Ich bin überzeugt, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in jeder Hinsicht eine gewaltige Herausforderung für das gesamte Bildungswesen ist und gleichzeitig ein wichtiger Impuls für seine Weiterentwicklung. Nur wenn wir Älteren Vertrauen in die Kreativität und Problemlösungskompetenz der jungen Generation haben, können die Jungen die Kräfte entwickeln, die nötig sind, damit unser Planet für alle Menschen ein wohnlicher Ort wird. Wir sollten aufhören, „den Stein alleine hochrollen zu wollen“.

Marianne Demmer, Leiterin des GEW-Organisationsbereichs Schule

**Das GEW-Positionspapier zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ finden Sie im Internet unter: http:// www.gew.de/GEW Positionspapier.html*

Service für die Mitglieder

Internetportale bieten Unterrichtsmaterialien

Diverse Internet-Portale von Bundesministerien, Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen bieten für BNE – meist kostenfrei – einen reichhaltigen Fundus an Unterrichtsmaterialien und Hintergrundinformationen.
Es fehlt auch nicht an Tipps, wie die Themen im Lehrplan angebunden werden können und das Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler aufgebaut und bewertet werden kann. Eine Auswahl der Portale:

Weitere Links

Die UN-Dekade in Deutschland:
www.dekade.org

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung:
www.umweltbildung.de

Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung:
www.umwelterziehung.de

Hintergrundmaterial über Bildung für Nachhaltigkeit und Umweltbildung, national und international:
www.umweltschulen.de

Umweltbildung in Österreich:
www.umweltbildung.at

Umweltbildung in der Schweiz:
www.umweltbildung.ch

Portal transfer-21

http://www.transfer-21.de/

Dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Portal stellt u. a. eine Sammlung von 56 kostenfrei erhältlichen Werkstattmaterialien zu Umweltthemen zur Verfügung, die von den am Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) „21“ beteiligten Lehrkräften in Programmschulen erarbeitet wurden. Ferner hält es auch eine Sammlung von Heften, Materialsätzen und Broschüren sowie CD ROMs und wissenschaftlichen Texten bereit.

Portal des Bundesumweltministeriums

http://www.bmu.de > Info > Veröffentlichungen > Bildungsservice

Das Portal bietet Informationen, Arbeitsblätter, Schaubilder und Grafiken zur Einführung in Umweltschutzthemen an, z. B. erneuerbare Energien, Klimaschutz oder biologische Vielfalt. Die beigefügten Handreichungen enthalten Informationen zur Lehrplananbindung, helfen bei der didaktisch-methodischen Umsetzung im Unterricht und geben Hinweise und Lösungen zu Aufgaben in den Arbeitsblättern. Ebenso kann auf Testaufgaben zurückgegriffen werden, die es Lehrkräften ermöglichen, das erreichte Kompetenzniveau ihrer Schülerinnen und Schüler einzuschätzen. Die Materialien richten sich vor allem an die Sek I.
Über das Bundesumweltministerium können Schulen auch den von *Al Gore* produzierten Film „Eine unbequeme Wahrheit“ beziehen.

Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)

http://www.eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/einewelt/index.html

Das Portal „Globales Lernen” hilft bei der Suche nach Unterrichtsmaterialien, die online verfügbar sind. Das Angebot ist nach Ländern, Themen und Zielgruppen geordnet. Das Material reicht von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Auch zu aktuellen Themen wie den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking stehen Infos zur Auswahl. Im Angebot ist auch eine Datenbank für ausleihbare Filme, Videos und DVD-Medien.

Nützliche Orientierungshilfen, die bei der Umsetzung des komplexen Themengebiets der nachhaltigen Entwicklung unterstützen, finden sich unter:
http://www.transfer-21.de/daten/materialien/Orientierungshilfe/Orientierungshilfe_Kompetenzen.pdf
und:
http://www.kmk.org/aktuell/070614-globale-entwicklung.pdf

Eine weitere interessante Recherchemöglichkeit und Wissensquelle stellt das im Jahr 2000 eingerichtete ***„Internet-Lexikon der Nachhaltigkeit“*** dar. Man kann nach Schlagworten suchen und erhält eine Auswahl an Artikeln zum gesuchten Begriff. Ferner besteht die Möglichkeit, selbst Artikel zu schreiben und damit das Lexikon zu erweitern. *http://www.nachhaltigkeit.info/*

Aus der Praxis

In der von „transfer 21“ erstellten Filmdokumentation zum Thema „Lernen mit Zukunft - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ werden sechs Schulprojekte aus verschiedenen Bundesländern gezeigt, die veranschaulichen, wie Schüler zur Gestaltungskompetenz im Sinne der Nachhaltigkeit befähigt werden können.
Die DVD kann über info@transfer-21.de bezogen werden.

Zusammengestellt von
Gundula Kienel-Hemicker,
Diplom-Wirtschaftspädagogin

Aktionstage Bildung

Vom 19. bis 28. September finden bundesweit Aktionstage Bildung für nachhaltige Entwicklung statt. Das Nationalkomitee hatte alle Interessierten aufgerufen, sich bis Ende März mit eigenen Beiträgen zu beteiligen.
Die einzelnen Ideen werden auf dem bundesweiten Internetportal zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (*www.bne-portal.de*) und in einer Programmbroschüre präsentiert.
Nähere Infos: *sekretariat@esd.unesco.de*

Dialog

GEW

1/2008

Foto: Wohnsinn Darmstadt

Wohnen mit Anschluss: Nachbarschaftskontakte und gegenseitige Hilfe unter einem Dach.

Inhalt

Titel
Wie wir im Alter leben wollen: „Auch mal ein Kinderlachen hören“
Seite 1 – 2

Perspektiven
Mehr Lebensqualität in aktiven Hausgemeinschaften
Seite 3 – 4

Aktuell
Pflegestützpunkte – Rat und Tat für Angehörige und Betroffene
Seite 5

Recht und Gesetz
Pflegereform in Kraft – kein Einstieg in den beruflichen Ausstieg
Seite 6

Aktiv
Kein Umzug, bitte – eigene vier Wände altersgerecht gestalten
Seite 7

Info und Tipp
– In Kürze
– DGB – Interessenvertretung für alle Generationen
Seite 8

Wie wir im Alter leben wollen

„Auch mal ein Kinderlachen hören“

Wohnen muss jeder und jede, aber wie? In unserer Gesellschaft mit immer mehr älteren Menschen ist die Perspektive wichtig: Haben wir eine tragfähige Vision vom Wohnen? Es geht nicht mehr allein um die Anzahl der Wohnungen und um Quadratmeter. Es geht um die Qualität der Wohnquartiere, um Individualität und Gemeinschaft, um verbindliche Grundlagen für gegenseitige Unterstützung.

Die Motive für die Suche gemeinschaftlicher Wohnformen sind fast immer gleich: Die Kinder sind aus dem Haus, eine Scheidung wurde bewältigt oder der Partner ist gestorben. Winfried Haas vom Arbeitskreis Integriertes Wohnen (AKIW) berät in Leipzig seit mehr als zwölf Jahren Bürgerinnen und Bürger, die sich für „Wohnen mit Anschluss“ interessieren. Oft entwickelten die Menschen vage Vorstellungen vom generationenübergreifenden Wohnen und gingen dann mit ihren Fragen zum Wohnungsamt oder zu ihrer Wohnungsgesellschaft. „Das führt in der Regel zu Frust“, weiß Haas, „denn nicht alle Stellen sind so weit, mit derartigen Anfragen gut umzugehen.“ Die Interessen der Wohnungswirtschaft und der Mieter gingen weit auseinander.

Erwartungen justieren

Hier setzt die Arbeit des AKIW an: Die Beratungsstelle unterstützt nachbarschaftsorientiertes Wohnen, sie bringt Mieter- oder Käufergruppen mit der Wohnungswirtschaft zusammen. „Wir informieren, moderieren und klären über Fördermittel und Stiftungsgelder auf, mit denen alternative Wohnprojekte gefördert werden können“, erläutert Haas. Der AKIW biete eine Plattform, auf der sich Interessierte finden und organisieren könnten. Verantwortung und Klarheit der Ziele seien dabei wichtig: „Gleichgesinnte müssen sich Regeln für ihre Gemeinschaft erarbeiten, denn der Alltag birgt immer Konflikte.“ Es gehe um Toleranz und die Frage: Was bringe ich ein, was erwarte ich von anderen? Zum Kinderlachen, das viele Ältere in ihrem Alltag hören wollen, gehörten auch Kinderlärm und Schmutz im Treppenhaus. In fast allen

Kommentar zum Titelthema

Foto: privat

Anne Jenter, GEW-Vorstandsmitglied

Die Bremer Stadtmusikanten, eine Gruppe gealterter Tiere, sind als erste Senioren-Wohngemeinschaft überliefert. Deren Lebensweise ist kein Märchen mehr, das zeigt der neue Dialog: Menschen im mittleren Alter und die Älteren haben sich auf den Weg gemacht. Die Angst vor der Einsamkeit setzt Kräfte frei. Sie lassen sich auf Wohngruppen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser ein. Sie ergreifen Initiative, werden zu Pionieren in eigener Sache, verblüffen Verwaltungen und Wohnungsbaugesellschaften.

Diese Kreativität schafft Orientierungspunkte: Die Single-Gesellschaft sucht ein neues Miteinander. Viel mehr ältere Frauen als Männer leben allein; Ursache sind die hohen Scheidungsraten und die höhere Lebenserwartung. Einige alte Menschen sind auf Unterstützung im Alltag oder auf Pflege angewiesen. Aber daneben brauchen Alt und Jung Begegnungen und lebendige Kontakte. Gute Beispiele belegen, dass die Generationen sich gegenseitig helfen können, den Alltag besser zu meistern.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen wir: Leben in solidarischen Gemeinschaften ist ein wertvolles Gut – nicht nur im Alter. Wir sind gefragt, das Generationen-Thema „Wohnen" überall dort aufzugreifen und aktiv zu werden, wo wir leben und Mitverantwortung tragen.

deutschen Städten und Landkreisen gibt es Modellprojekte neuer Wohnformen, Beratungsstellen oder Initiativgruppen. Das Nürnberger Wohnprojekt „wohnenPLUS" – gefördert vom Bundesfamilienministerium – strebt familienähnliche Strukturen an, indem es sich auf zwei Zielgruppen beschränkt: Es bringt Seniorinnen und Senioren mit alleinerziehenden Eltern zusammen; Kinderbetreuung und Alltagshilfe können Bewohner untereinander aushandeln. Auch das Marburger Projekt „Wohnen für Generationen" setzt auf Nachbarschaftshilfe. Allerdings musste eine stark pflegebedürftige Bewohnerin ausziehen: Intensivbetreuung und Pflege konnte und wollte die Hausgemeinschaft nicht leisten.

Bäume verpflanzen?

Die meisten älteren Menschen wollen in ihren eigenen vier Wänden bleiben. Sie beanspruchen Kontakte und gute Versorgung im unmittelbaren Umfeld. Das Konzept Wohnquartier4 formuliert dafür Anforderungen: Die passende Wohnung (Größe, Ausstattung), Gemeinschaftsleben, Bildungs- und Kulturangebote, Gesundheitsversorgung, Alltagshilfen und Pflegeangebote. In Frankfurt am Main reagiert die Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding, die rund 50 000 Wohnungen im Bestand hat, auf die wachsende Zahl betagter Mieter. Sie setzt in Modellquartieren Siedlungshelfer ein, die bei Reparaturen helfen, Elektrogeräte anschließen oder die Gardinen aufhängen; ab eineinhalb Stunden wird die Hilfe kostenpflichtig. In Kooperation mit einem freien Träger werden Beratung und Hilfe angeboten: Anschluss an ein Hausnotrufsystem, Essen auf Rädern, Gymnastikkurse und Sturzprävention sind im Angebot.

Auf den Erhalt der – zu groß gewordenen – Privatwohnung zielt auch das Modell „Wohnen für Hilfe" ab, das bundesweit vor allem in Universitätsstädten Schule macht: Ältere Alleinstehende nehmen Studierende oder Auszubildende bei sich auf, die umsonst wohnen können; dafür leisten die Mitbewohner Garten- oder Hausarbeit. Als Faustregel gilt: Eine Arbeitsstunde pro Quadratmeter Wohnfläche im Monat.

Alle Projekte und Modelle zeigen interessante neue Wege auf. Dennoch pocht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen BAGSO e.V. darauf: Die Politik müsse altersverträgliche Wohnverhältnisse zum Maßstab der Infrastruktur erheben, Einzelinitiativen reichten nicht aus. Die BAGSO fordert Barrierefreiheit des Wohnraums und des -umfelds und setzt sich dafür ein, nicht an den Bedürfnissen der Älteren vorbei zu planen, sondern sie „verantwortlich mitwirken" zu lassen. „Politik und Wohnungswirtschaft müssen die Weichen für nachhaltiges Wohnen neu stellen", davon ist auch Winfried Haas überzeugt.

Beate Eberhardt, freie Journalistin

Foto: Wohnsinn Darmstadt

Eine Hausgemeinschaft, in der sich Alt und Jung, Menschen mit und ohne Behinderung, Alleinstehende und Familien gefunden haben.

Die Liste der Internet-Informationen zum Thema ist lang. Die Dialog-Redaktion hat deshalb Links auf der GEW-Homepage zusammengestellt: **http://www.gew.de/Seniorinnen_und_Senioren_2.html**

Wenn Wohnung und Leben nicht mehr zusammenpassen

Mehr Lebensqualität in aktiven Hausgemeinschaften

Foto: zplusz

Wohnen in einem Projekt, nicht in einem gewöhnlichen Haus: Das Ziel verfolgten Paul Michel und Christoph Jetter jahrelang. Beide stellten im dritten Lebensalter fest: „Meine Wohnsituation passt nicht mehr zu meinen Bedürfnissen." Und sie machten sich auf die Suche.

Ich wohne auf dem Land isoliert wie auf einer Insel", erzählt GEW-Rechtsschutzexperte Paul Michel. Seine Wohnung passe perfekt zum Berufsleben: „Im Grünen erhole ich mich, im Beruf pflege ich die sozialen Kontakte, die nach Feierabend zu kurz kommen." Mit Blick auf den Ruhestand wurde ihm klar: An seinem Wohnort fehlt wichtige Infrastruktur und er ist dort kaum sozial verankert. Ein Zeitungsartikel über neue Wohnformen war die Initialzündung zur Neuorientierung: „Meine Frau und ich informierten uns über Mehrgenerationen-Häuser", so Michel, „und wir wollten in der Stadt leben, wo es Kultur und Geschäfte direkt vor der Haustür gibt."

Vier Jahre Vorlauf

Nach einer Orientierungsphase fiel die Wahl auf Darmstadt: Dort hatte sich der gemeinnützige Verein „Wohnart3" gegründet; rund 100 Menschen – Alleinstehende, Ältere und Familien mit Kindern – verfolgen gemeinsame Wohnträume in einem Mietprojekt. Zurzeit stärkt die Bauphase den Zusammenhalt, bei den Vereinssitzungen gibt es immer viel zu klären. Michel betont: „Gegenseitige Hilfe und Freizeitaktivitäten prägen schon jetzt unser Leben." Im Verein arbeitet der Jurist in der Arbeitsgruppe (AG) Recht mit, zuständig für Mietverträge und die Beziehungen zum Investor: Eine Baugesellschaft errichtet den Komplex in enger Abstimmung mit dem Verein und tritt später als Vermieter auf. Andere AGs kümmern sich um die Planung der Haustechnik und der Außenanlagen. Die Kultur-AG organisiert Theaterbesuche und Stadtführungen für Neu-Darmstädter. „Unser Leben hat eine neue Qualität", fasst Michel zusammen. „ich freue mich auf die gemeinsame Zeit in unserem Haus." Nächstes Jahr wollen die Michels umziehen.

Vorzeigeprojekte

Für alternative Bauprojekte stellt die Stadt Darmstadt seit Jahren Grund und Boden im Baugebiet K6 (Kranichstein) zur Verfügung und leistet großzügig Unterstützung. Das bestätigt K6-Pionier Christoph Jetter, ehemaliger Gewerkschaftssekretär beim IG Metall-Vor-

Buchtipp:
Der verfilmte Bestseller über eine Pariser WG ist und bleibt unbedingt lesenswert!
Anna Gavalda: Zusammen ist man weniger allein. Roman, Fischer-TB (9,95 Euro).

stand. Er gehörte 1998 zu den Gründern der Bau- und Wohngenossenschaft „Wohnsinn“: „Unsere Kinder waren aus dem Haus, die Verwandtschaft lebte in alle Richtungen verstreut.“ Das Ehepaar wollte nicht einsam oder in einem „Alten-Silo“ leben, sondern gegen die Entfremdung der Generationen aktiv werden.

Kinder aus dem Haus

Bei der Wohnsinn-Genossenschaft, die selbst als Bauherr auftrat, stehen Nachbarschaftshilfe, ökologische Ziele und ein aktives Gemeinschaftsleben in der Satzung. Vor fünf Jahren wurde das Passivhaus bezogen, die Wohnungen sind Eigentum der Genossenschaft, der man Wohnrechte abkauft. Ein Drittel der Einheiten wurde öffentlich gefördert, dort zogen Menschen mit Behinderungen und Hartz IV-Empfänger ein.
Christoph Jetter ist nach Jahren des Engagements angekommen – und bereut nichts: Einmal die Woche betreut das Ehepaar eine Schülerin, man lädt sich gegenseitig ein und hilft weniger mobilen Nachbarn beim Einkauf. Manchmal ist der Alltag auch mühsam, Stress und Streit kommen wie überall vor. „Als es Klagen über Kinderlärm gab, haben wir ein Kinderplenum gegründet, damit die Kinder sich organisieren und auch über die Erwachsenen meckern können“, so Jetter. Mit 73 Jahren hat er sich inzwischen aus den Vorstandsgremien zurückgezogen, das überlässt er jetzt den Jüngeren.

Beate Eberhardt, freie Journalistin

Foto: fotolia

Zum Kinderlachen, das viele Ältere in ihrem Alltag hören wollen, gehören auch Kinderlärm und Schmutz im Treppenhaus.

Foto: privat

Henning Scherf (SPD), ehemaliger Bremer Bürgermeister

Buchtipp:
Ein Plädoyer, aus dem Alter etwas zu machen! Henning Scherf: Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist. Verlag Herder, Freiburg 2006 (18,95 Euro).

Wohngemeinschaft im Alter?

„Kein Sprung ins kalte Wasser“

Auf dem Höhepunkt seiner Karriere, vor gut 20 Jahren, tauschte der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf das Familien-Eigenheim gegen mehrere Zimmer in einer Wohngemeinschaft (WG) ein.

Dialog: *War es schwer, das eigene Haus aufzugeben?*
Henning Scherf: Der Abschied unserer Kinder war der Auslöser. Meine Frau und ich wollten nicht warten, dass sie uns ein paar Mal im Jahr besuchen, sondern neue Wege gehen. Nach vier Jahren Diskussion und einem Jahr Umbau zogen wir zu zehnt in eine alte Bremer Villa mitten in der Stadt.

Dialog: *War es schwer, das eigene Haus aufzugeben?*
Scherf: Es war kein Sprung ins kalte Wasser, meine Frau und ich lebten früher lange in Wohngemeinschaften. In unserem Haus hat jeder sein Reich mit Rückzugsgebiet: mehrere Zimmer, Küche und Bad.

Dialog: *Also mehr Distanz als Nähe?*
Scherf: Manche sehen uns als qualifizierte Hausgemeinschaft, ich sage dazu WG. Unzählige Aktivitäten, Freunde und Kinder knüpfen enge Bande, es herrscht fast familiäre Vertrautheit.

Dialog: *Helfen Sie sich gegenseitig?*
Scherf: Wir haben schon zwei Mitbewohner gepflegt, die inzwischen gestorben sind. Das war für alle eine innige und schwierige Erfahrung. Ich glaube sagen zu können: Die verstorbenen Freunde fühlten sich bis zuletzt geborgen.

Dialog: *Welchen Rat geben Sie WG-Interessierten?*
Scherf: Es gibt kein Patentrezept. Geduld und Rücksichtnahme tun jeder Gemeinschaft gut. Und es reicht nicht, dass man sich gegenseitig die Krankengeschichte erzählt, dann geht man sich schnell auf die Nerven. Wir alle engagieren uns in Projekten und sind aktiv, wir konsumieren nicht nur!
Henning und Luise Scherf feiern in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag.

Barrierefrei mitten in der Stadt

Pflegestützpunkte nehmen Betroffene und Angehörige an die Hand

„Wir bieten behutsame Begleitung durch eine schwierige Lebenssituation, in der die Menschen allein oft überfordert sind", sagt Dieter Pflaum vom Pflegestützpunkt Nürnberg, einem Pilotprojekt des Bundesgesundheitsministeriums (BMG).

Ein Problemberg tut sich auf, wenn der Pflegefall nach einem Sturz oder Schlaganfall plötzlich eintritt oder Angehörige langsam in die Pflegebedürftigkeit gleiten. Deshalb forderten der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften bei der Pflegereform den Aufbau unabhängiger Pflegestützpunkte, die Betroffenen und Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite stehen: mit wohnortnahen, vernetzten Beratungsangeboten, die Transparenz über Versorgungsstrukturen (Kosten und Leistungsprofil) schaffen und die Organisation von Pflege erleichtern.

„Wir sind bei der Rummelsberger Stiftung zurzeit dabei, Netzwerkstrukturen aufzubauen", berichtet Dieter Pflaum, „Betroffene sollen eine Beratung über das gesamte Spektrum der praktischen und finanziellen Leistungen vorfinden." Der Nürnberger Pilot-Pflegestützpunkt geht ab Frühsommer an den Start.

Pflegestützpunkt

Zum Angebot gehören auch Hausbesuche, um eine effektive Hilfsmittel- und Wohnraumberatung zu gewährleisten. „Wir wollen alle an der Pflege beteiligten Menschen und ihr Umfeld einbeziehen", erläutert Pflaum. Der Pflegestützpunkt, zuständig für rund 20 000 Einwohner, beschäftigt zunächst eine Pflegeberaterin, die als Fall-Managerin fungiert. Sie besucht Pflegebedürftige auf Wunsch schon im Krankenhaus, stellt einen individuellen Hilfeplan auf – vom Pflegedienst bis zur Haushaltshilfe – und begleitet Betroffene längere Zeit.

Von einer derartigen Versorgungsstruktur profitieren pflegebedürftige Menschen in Rheinland-Pfalz schon seit 1995, als die Pflegeversicherung in Kraft trat. Das Land hat damals so genannte BeKo-Stellen (Beratung und Koordination) flächendeckend aufgebaut und zu 80 Prozent finanziert. Sie werden in Fragen des Alters, der Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit beratend aktiv. Die BeKo Ingelheim gehört zu den Pilot-Pflegestützpunkten des BMG. „Wir erfüllen bereits die Anforderungen an Pflegestützpunkte", erklärt Pflegeberaterin Christine Jacobi-Becker. Die barrierefreie BeKo-Stelle ist in der Innenstadt gelegen und mit den Strukturen der Alten-, Sozial- und Behindertenhilfe, mit Kranken- und Pflegekassen, Ärzten, Behörden sowie Selbsthilfegruppen vernetzt. Ein Fall-Manager stößt ab Mai zum Team. „Wir bauen auf unsere gute Arbeit auf", so Jacobi-Becker, „zu der nicht nur Kompetenz in der Pflege, sondern auch die Sozialarbeit gehört. Nur so ist ein ganzheitlicher Ansatz zu verfolgen, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht."

Beate Eberhardt, freie Journalistin

Infos zu Pflegestützpunkten:
Aufgaben, Leistungen, Finanzierung und regionale Verbreitung der Pilot-Pflegestützpunkte: Bundesministerium für Gesundheit: www.bmg.bund.de, Pflegestützpunkt Nürnberg: www.altenhilfe-rummelsberg.de, Pflegestützpunkt Ingelheim: www.beko-ingelheim.de (Auftritt im Aufbau)

Foto: dpa

Pfegestützpunkte beantworten viele Fragen der Angehörigen und Pflegebedürftigen.

Kommentar zur Reform der Pflegeversicherung

„Kein Einstieg in den beruflichen Ausstieg“

Foto: imago

Wer bisher seine Angehörigen pflegte, riskierte, den beruflichen Anschluss zu verlieren.

Foto: privat

Elke Ferner, SPD-Sozialexpertin

Infos im Netz

Informationen zur Pflegeversicherung, die wichtigsten Fragen und Antworten zur Reform, unter: Bundesministerium für Gesundheit: www.bmg.bund.de

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf war neben Leistungsverbesserungen für die Gewerkschaften eines der Kernziele der Pflegereform. Nach langem politischen Ringen hat der Deutsche Bundestag am 14. März das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung beschlossen. Elke Ferner, SPD-Bundestagsabgeordnete und Sozialexpertin, bewertet den Kompromiss:

Die Reform ist ein bedeutender Schritt, sie hilft pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen: mit höheren Pflegesätzen, verbesserten Leistungen, mehr Beratung, zum Beispiel in den Pflegestützpunkten, und besserer Qualität in der Pflege.

Zum ersten Mal gibt es Regelungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Die sechsmonatige Pflegezeit mit Jobgarantie hilft, den Einstieg in die Pflege zu bewältigen. Betroffene stehen nicht mehr unmittelbar vor der Entscheidung: Arbeit oder Pflege?

Allerdings sind wertvolle Reformziele gescheitert: Der Rechtsanspruch auf die Pflegezeit gilt erst in Betrieben ab 15 Beschäftigten. Das ist eine bittere Pille für Frauen, die häufiger in Kleinbetrieben arbeiten.

Keine Kostenlawine

Die Arbeitsbefreiung in akuten Notlagen wurde halbherzig ohne Entgeltfortzahlung geregelt: Wenn Eltern sozial abgesichert für kranke Kinder sorgen dürfen, müssen auch Kinder für pflegebedürftige Eltern sorgen können. Die bezahlte Freistellung – einmalig bis zu zehn Tagen pro Pflegefall – hätte weder eine Kostenlawine noch Missbrauch verursacht.

Auch der flächendeckende Aufbau von Pflegestützpunkten scheiterte. Das Gesetz sieht vor, dass jedes Bundesland für sich entscheidet und bei den Landesverbänden der Pflegekassen beantragt, ob es den Aufbau von Pflegestützpunkten möchte. Damit entsteht eine uneinheitliche Versorgungsstruktur, die den betroffenen Menschen kaum zu vermitteln ist.

Elke Ferner, SPD-Sozialexpertin

Das ändert sich – unter anderem:

Pflegezeit: bis zu sechs Monate unbezahlte, sozialversicherte berufliche Freistellung in Betrieben ab 15 Beschäftigten mit Rückkehrrecht auf den früheren Arbeitsplatz

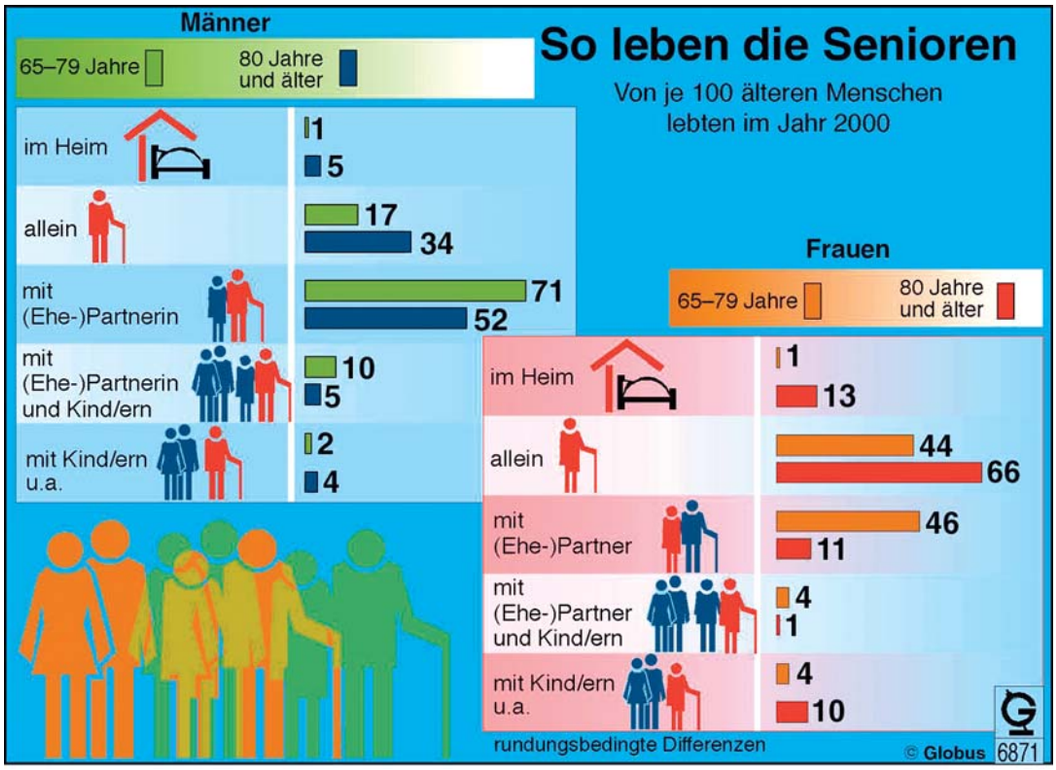
Kurzzeitiger Pflegebedarf: unbezahlte Freistellung an bis zu zehn Arbeitstagen in Akutfällen

Höhere Sätze: für ambulante, stationäre und Kurzzeitpflege in drei Stufen bis 2012

Dynamisierung: alle drei Jahre Prüfung der Leistungshöhe ab 2015, höhere Beträge zur Betreuung demenziell erkrankter Menschen, mehr Pflegegeld und Entlastung (Urlaub) für pflegende Angehörige

Qualität: häufiger unangemeldete Kontrollen in allen Einrichtungen, Veröffentlichung der Prüfberichte

Pflegestützpunkte: die Entscheidung ist Ländersache, zur Praxis siehe Seite 5 in diesem Dialog



Grafik: dpa

Dialog: *Werden Neubauten altersgerecht geplant?*
Schmitt: Bei Neubauten sind wir ein gutes Stück weiter – geht es doch um ein sozialpolitisches Aktionsfeld mit hohem Handlungsdruck. Gut wäre, ältere Menschen stärker zur Mitarbeit bei der Planung einzuladen, damit ihre Interessen berücksichtigt werden.

Dialog: *Was ist zu tun, wenn die Mobilität schwindet?*
Schmitt: Kommt es zu sozialer Isolation und eingeschränkter Lebensqualität, muss man Alternativen finden. Doch auch rüstige Ältere sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen, um ihre Selbstständigkeit zu wahren: Gibt es in der Umgebung Geschäfte, Banken, Ärzte, öffentliche Verkehrsmittel, ein Vereins- und Gemeinschaftsleben? Seniorinnen und Senioren klagen in Umfragen über sich verschlechternde Versorgungsstrukturen im Nahbereich. Die Qualität der Wohnquartiere ist eine Zukunftsfrage.

Dialog: *Steigt der Bedarf nach neuen Wohnformen?*
Schmitt: Bei nachlassender Selbstständigkeit sehen 30 bis 40 Prozent der über 65-Jährigen betreutes Wohnen als mögliche Alternative. Sie verbinden damit Sicherheit, Hilfe, soziale Kontakte, Barrierefreiheit, Erhalt der Eigenständigkeit und hoffen, ein Pflegeheim auf Dauer umgehen zu können. Wichtig ist, sich genau über die angebotenen Leistungen und die entstehenden Kosten zu informieren.

Interview: Beate Eberhardt, freie Journalistin

Kein Umzug, bitte!

Eigene vier Wände altersgerecht gestalten

Die meisten älteren Menschen wollten in ihrer gewohnten Umgebung alt werden, so Marina Schmitt, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund. Dafür brauchen sie eine gute Infrastruktur und Wohnungen, die ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Dialog: *Wie steht es um die Wohnsituation der Älteren?*
Marina Schmitt: Über 90 Prozent der über 65-Jährigen leben in Privatwohnungen, das sind fast zehn Millionen Haushalte. Ihre Wohnungsausstattung ist in der Regel gut. Aber mit zunehmendem Alter steigt die Notwendigkeit, die Wohnung an die individuellen Kompetenzen anzupassen, da die Mehrheit in den eigenen vier Wänden alt werden möchte.

Dialog: *Also eher Umbau statt Umzug?*
Schmitt: Ein Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim stellt oft eine hohe Belastung dar. Deshalb lautet die Frage: Wie müssen Wohnungen gestaltet werden, damit Menschen darin möglichst lange selbstständig leben können? Dazu brauchen wir überall Stellen zur Wohnberatung und Wohnungsanpassung.

Dialog: *Gibt es genügend Beratungsangebote?*
Schmitt: Nur in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gibt es sie nahezu flächendeckend. Falls eine Wohnraumanpassung notwendig wird, gewähren unter Umständen Kranken- und Pflegekassen oder Rehaträger Zuschüsse.

Alterskompetenz
„Zwischen dem 30. und 50. Lebensjahr fallen Wohnentscheidungen mit Langzeitwirkung. Deshalb müssen wir das Bewusstsein der Jüngeren für Wohnbedürfnisse im Alter schärfen."

Umbauen und umdenken
„Barrierefreiheit sollte nicht länger Leitlinie für Behinderung und Alter sein, sondern muss zum allgemeinen Standard werden."

In Kürze

Aktiv in Niedersachsen: Termine aus dem Jahresprogramm der GEW-Fachgruppe Seniorinnen und Senioren: Tagung Bezirk Lüneburg (30. September): Themen sind die Arbeit eines Jugendbuchautors und die aktuelle niedersächsische Bildungspolitik.Tagung Bezirk Hannover (3. November): die soziale Lage älterer Menschen in der EU. Infos: Erwin Meyer, Telefon 04488-4137 (GEW-emw@gmx.net). Seminare: Schaffe ich die Schule – oder schafft die Schule mich? Termin: 24. bis 26. November, Bezirk Lüneburg, weitere Termine sind geplant, Infos: Helga Graudenz, Telefon 04261-63919 (HGraudenz@t-online.de).

Seniorenstammtisch in Mecklenburg-Vorpommern: Das nächste Treffen (15. Oktober) findet im Schweriner Schloss statt – mit Führung durch einen Landtagsabgeordneten und Gesprächen über Senioren- und Bildungspolitik. Anmeldung: Karin Sauck, Telefon 03821-814776 (karin.sauck@gmx.de).

Foto: imago

Auf den Spuren der Anti-Atom-Bewegung – das Zwischenlager Gorleben

Studienfahrt nach Gorleben: Seniorinnen und Senioren der GEW Berlin starten auf den Spuren der Anti-Atom-Bewegung in den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Termin: 1. bis 4. Juli (ca. 220 Euro).
Infos: Joachim Dillinger, Telefon 030-7857739 (joachim.dillinger@web.de).

DGB – Interessenvertretung für alle Generationen

Mit der Verabschiedung seiner seniorenpolitischen Eckpunkte im März schärft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sein Profil als Lobby der älteren Menschen im Berufsleben – und im Ruhestand. Erstmals liegt damit ein Programm mit Schwerpunkten vor, das die Ziele einer gewerkschaftlichen Seniorenpolitik umreißt. Ziel ist unter anderem, die Identifikation Älterer mit der Gewerkschaftsarbeit zu erhöhen und Solidarität zwischen den Generationen zu fördern.

Der DGB fordert unter anderem alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze sowie den Aufbau altersgemischter Arbeitsteams. Weiteres Schwerpunktthema ist die Sozialpolitik: Es geht unter anderem um eine solide Basis für eine solidarische Alterssicherung, die Gesundheitsversorgung und die Pflegeversicherung.

Im nächsten Schritt plant der DGB Empfehlungen zur organisatorischen Stärkung der Seniorenpolitik, die zurzeit im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften diskutiert werden.

Seniorenpolitische Eckpunkte des DGB im Internet zum Herunterladen unter: www.erfahrung-ist-zukunft.de (Suchbegriff „Seniorenpolitische Eckpunkte: DGB“).

Foto: fotolia

Solidarität zwischen den Generationen ist gefragt.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt/M.
Tel.: (069) 7 89 73-0
Fax: (069) 7 89 73-2 01
E-Mail: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:
Ulf Rödde (verantwortlich), Anne Jenter, Sarah Holze, Hans Clauser, Beate Eberhardt, Frauke Gützkow, Hildegard Klenk

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt/M.

Druck:
apm AG, Darmstadt

Grafik: zplusz

Etwas kommt ins Rutschen

E&W-Serie: Bündnis „Länger gemeinsam lernen" in NRW

„Kein Kind und keine Jugendlichen dürfen wir als bildungsfern oder nicht bildungsfähig verloren geben." Der Beschluss der Landessynode der evangelischen Kirche in Nordrhein-Westfalen lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Kirchenleitung ergriff die Initiative, ließ Worten Taten folgen und hob das Bündnis „Länger gemeinsam lernen" aus der Taufe.

Auf der Suche nach motivierten Partnern wurde der Leiter des Pädagogischen Instituts der evangelischen Kirche von Westfalen, *Hans-Martin Lübking*, schnell fündig. Der DGB signalisierte seine Unterstützung ebenso wie namhafte Unternehmen, Wissenschaftler, Oberbürgermeister und natürlich die GEW. Anstoß, aktiv zu werden, ist für alle Bündnispartner das Ziel, mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen zu realisieren.

„Wir legen uns nicht auf die eine Lösung fest oder fordern ohne Wenn und Aber die Gemeinschaftsschule. Wir wollen Bewegung in die Diskussion reinbringen, alle unterschiedlichen Meinungen müssen zu Wort kommen", erklärt Hans-Martin Lübking die Absicht der Initiative. Nicht diskutabel aber ist für ihn das Thema frühe Selektion. „Sie ist grundsätzlich falsch", urteilt der Institutsleiter.

Ebenso unmissverständlich macht er klar: „Wir halten Distanz zu allen politischen Parteien. Demjenigen, der versucht, uns in eine bestimmte Ecke zu stellen, werden wir es schwer machen."

Hin zum integrativen System

Mit „langem Atem" möchte das Bündnis Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit in Foren und Diskussionsveranstaltungen leisten. „Dem gesellschaftlichen Trend eine Stimme geben", nennt es der Vorsitzende der NRW-GEW, *Andreas Meyer-Lauber*.

Meyer-Lauber ist ebenso wie Lübking davon überzeugt, dass die schweigende Mehrheit längst die Abkehr vom mehrgliedrigen hin zu einem integrativen Schulsystem wünscht. „Aber wir wollen viel mehr als eine öffentliche Diskussion über die Schulstruktur", sagt der Institutsleiter. Das Bündnis kämpfe für ein pädagogisch kreatives Konzept mit individueller Förderung, für Wertorientierung und eine demokratische Schule, in der Schüler, Lehrkräfte und Eltern gemeinsam das Lernen gestalten. Ein Zehn-Punkte-Plan formuliert das Profil des Ganztags und des Verzichts auf Abstufungen.

Zufrieden registriert die Evangelische Kirche das Echo auf ihre Initiative. Täglich steigt die Zahl der Mitstreiter – aus allen Teilen der Gesellschaft. 90 Prozent Zustimmung habe er bislang erhalten, berichtet Lübking. Dass es durchaus auch kritische Fragen aus Kreisen der Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft („Was wird aus uns?") gibt, will er gar nicht verschweigen. Doch das „Aber" folgt auf dem Fuß: „Auch die Gymnasien wissen, dass sie sich ändern müssen."

Zurückhaltend zeigt sich auch die Katholische Kirche. „Noch", hofft Andreas Meyer-Lauber. Er glaubt, dass die Überzeugungskraft des Bündnisses, vor allem aber auch die Erkenntnisse der Forschung, ihre Wirkung schließlich nicht verfehlen. Darauf baut auch Hans-Martin Lübking: „Es gibt doch in der Wissenschaft praktisch keinen Befürworter für das gegliederte System mehr."

Neben den vielen positiven Reaktionen löste die Gründung des Bündnisses Nervosität im konservativen Lager aus.

Konservative sind nervös

Aufgeschreckt erkundigte sich die Landesregierung, ob tatsächlich die Kirche oder nicht doch nur eine einzelne Person hinter der Initiative stecke. Die CDU sah darin nur „Schlachten des vergangenen Jahrhunderts", während FDP-Bildungsexpertin *Ingrid Pieper-von Heiden* „mit Bedauern" zur Kenntnis nahm, dass „sich so viele Personen und Institutionen für die Initiative zur Verfügung gestellt haben, ohne die Folgen für das Schulsystem und die Schüler zu Ende zu denken." Da ahnte sie wohl noch nicht den offiziellen Schwenk der Freidemokraten, die, angestoßen von Wissenschaftsminister *Andreas Pinkwart* (FDP), inzwischen auch für neue Schulformen und -strukturen plädieren.

Dass sich die bis vor einem Jahr jeder Diskussion entziehende FDP vorsichtig öffnet, ist eines jener Mosaiksteinchen, die Hans-Martin Lübking optimistisch stimmen. „Es kommt etwas ins Rutschen. Man weiß nicht, was genau dabei herauskommt, aber besser als jetzt wird es auf jeden Fall sein", versichert er.

Stephan Lüke, freier Journalist

Schulschw
was tun?

Helfen poli
Maßnahme
und Abstra

In einem Pro und Kontra zum Thema „Schulschwänzen – was tun? Helfen polizeiliche Maßnahmen oder Abstrafen?“ debattieren der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und die Lehrerin Christina Thomas vom Bielefelder Oberstufenkolleg.

PRO

Kriminellen Karrieren vorbeugen

„Man stellte einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen notorischem Schulschwänzen und strafbaren Handlungen Minderjähriger fest – dem wollte man nicht tatenlos zusehen.“

Foto: Imago

Joachim Herrmann

„Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ Diesen in der Bayerischen Verfassung festgeschriebenen Auftrag gilt es umfassend mit Leben zu füllen. Konsequente Charakterbildung und Werteerziehung der Heranwachsenden setzen allerdings voraus, dass unsere Lehrkräfte tatsächlich die Möglichkeit haben, tagtäglich mit ihren Schülerinnen und Schülern zu arbeiten. Die Polizei unterstützt hier unsere Schulen im Rahmen einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen. Ein wichtiger Beitrag ist die seit 2001 von der Polizei bayernweit umgesetzte Schulschwänzerinitiative.

Den Anstoß zu diesem Projekt gaben Auswertungen statistischer Untersuchungen. Dabei stellte man einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen notorischem Schulschwänzen und strafbaren Handlungen Minderjähriger fest – dem wollte man nicht tatenlos zusehen. Denn hier liegen ernste Ursachen der steigenden Kinder- und Jugendkriminalität.

Ernstes Alarmzeichen

Selbstverständlich geht es nicht darum, Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht schwänzen, als potenzielle Straftäter abzustempeln. Doch notorisches Schulschwänzen markiert bei minderjährigen Mehrfach- und Intensivtätern fast immer den Beginn des Abgleitens in die Kriminalität. Es ist deshalb ein ernstes Alarmzeichen. Schüler, die wiederholt unentschuldigt im Unterricht fehlen, sind gefährdet. Wir müssen uns verstärkt präventiv um sie kümmern.

Wenn wir das Phänomen des Schulschwänzens effektiv bekämpfen, können wir kriminellen „Karrieren“ von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll vorbeugen. Dies belegt auch die Langzeitstudie „Gefängnis und die Folgen“ des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen. Von zirka 2000 befragten jugendlichen Strafgefangenen waren mehr als 50 Prozent notorische Schulschwänzer. Dass wir nicht nur auf den „guten Willen“ unserer Jugendlichen bauen können, sondern die Schulschwänzerinitiative dringend brauchen, belegen auch die bayernweiten Zahlen sehr deutlich: Allein im Schuljahr 2006/07 hat die bayerische Polizei 2120 Schulschwänzer aufgegriffen und in ihre Schulen zurückgebracht.

Die Schulschwänzerinitiative der bayerischen Polizei basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen: Zum einen führen speziell fortgebildete Jugendkontaktbeamte zur Schulzeit Kontrollen an bekannten Jugendtreffpunkten und in Kaufhäusern durch. Wenn sie dort Kinder und Jugendliche antreffen, die eigentlich im Unterricht sein müssten, bringen sie diese nach einem erzieherischen Gespräch in die Schule zurück. Zum anderen wird die Polizei auf Ersuchen der Schulen tätig und sucht gezielt nach unentschuldigt fehlenden Kindern und Jugendlichen. Um sie nicht an den Pranger zu stellen, werden sie nicht direkt in die Klasse geführt, sondern dem Schulleiter, dem verantwortlichen Klassenlehrer oder den Erziehungsberechtigten übergeben.

Unabhängig davon nutzen die Beamten stets die Gelegenheit zum Gespräch. Sie zeigen den Betroffenen nicht nur die unmittelbaren Folgen des Schulschwänzens auf, sondern bemühen sich auch, Sensibilität für die Einhaltung gesellschaftlicher Spielregeln und Normen zu wecken.

Natürlich lassen sich die komplexen Probleme der Kinder- und Jugenddelinquenz nicht allein mit der Durchsetzung der Schulpflicht und dem Aufgreifen von Schulschwänzern lösen. Hierzu bedarf es vieler weiterer Schritte.

In jedem Fall ist die Schulschwänzerinitative aber ein wichtiger Baustein in dem Maßnahmenpaket, das die Bayerische Staatsregierung für unsere Schülerinnen und Schüler geschnürt hat. Die erzielten Erfolge zeigen, dass wir dieses Projekt weiterführen müssen.

Joachim Herrmann,
Staatsminister in Bayern (CSU)

änzen –

zeiliche
en
fen?

Polizeibeamte in Zivil kontrollieren Jugendliche, die ihnen in Nürnberg als potenzielle Schulschwänzer auffallen.

Foto: dpa/SAT1

KONTRA

Schieflage der Schulen

Foto: privat

Christina Thomas

Medialen Erfolgsmeldungen, nach denen ordnungspolitische Maßnahmen die Zahl der Schulschwänzer deutlich gesenkt hätten, stehe ich skeptisch gegenüber.

Wenn ein Kind oder ein Jugendlicher dem Unterricht fern bleibt, liegt in der Regel ein ernster Grund vor. Normal ist es, dort hinzugehen, wo die Gleichaltrigen sind und zu tun, was sie tun. Wenn das stimmt, wird die Ordnungsmaßnahme nicht helfen! Im Gegenteil: Sie könnte den Qualen eines Mobbingopfers zusätzliche Nahrung geben; die Fahrt im Polizeiauto könnte Mitschüler zur Nachahmung anregen; Bußgelder könnten Eltern im Einzelfall aufrütteln, aber auch den Druck auf das Kind erhöhen. Für das Fernbleiben vom Unterricht führen Studien übereinstimmend zwei Hauptursachen an. Erstens familiäre Gründe: die soziale oder emotionale Vernachlässigung, Arbeitslosigkeit der Eltern, Überforderung bei der Erziehung oder die Betreuung von Geschwistern.

Zweitens schulisch verursachte Gründe: fehlende Anerkennung, Ausgrenzung, Über- oder Unterforderung, Lern- und Leistungsprobleme. Die regelmäßige Abwesenheit vom Unterricht ist ein wichtiger Hinweis, dass etwas nicht stimmt und dem Schüler nur noch die „Flucht“ bleibt. Diese hat mehrere Gesichter, innerer Rückzug beispielsweise, aggressive Ausbrüche oder somatische Erkrankungen. Mit solchen Symptomen bleiben Schülerinnen und Schüler allerdings innerhalb des Systems Schule. In der Öffentlichkeit sichtbar sind bloß die Schulschwänzer, oft sind sie männlich. Sie fallen negativ auf und lösen ordnungspolitische Reaktionen aus.

Ursachen erfragen

Aber wem helfen Ordnungsmaßnahmen? Zuerst helfen sie dem Staat, die Ordnung (Schulpflicht) wieder herzustellen, begrenzt dem Einzelhandel (es wird weniger „geklaut“) und vielleicht dem Sicherheitsgefühl der Wähler. Nimmt das Schwänzen durch außerschulische Maßnahmen tatsächlich ab, dann nicht wegen des polizeilichen Einsatzes, sondern weil in der Folge des Einsatzes endlich nach den Ursachen gefragt, die Familie und Jugendhilfe einbezogen sowie Hilfsangebote gestartet werden. Warum muss es erst so weit kommen – bzw. warum setzt diese Unterstützung so spät ein?

Hoher Problemdruck

Bei den Schülern der fünften bis zehnten Klasse ist der Problemdruck und ihr Anteil an den Schwänzern hoch. Gerade an die Klassenlehrer der Sek. I aller Schulformen werden die Erwartungen herangetragen, mehr präventive Erziehungsarbeit zu leisten. Ohne ausreichende personelle Ausstattung der Schulen ist diese notwendige erzieherische Arbeit mit Schülern, mit Eltern und Jugendamt nicht seriös zu machen. Meine Empfehlung: Klassenlehrer der Sek. I unterrichten entweder zwei Stunden weniger oder ihre Klassen dürfen nur eine Größe von maximal 22 Schülern haben.

Die Pro-Kontra-Debatte lenkt vom eigentlichen Thema ab.

Die Zahl der Schwänzer, Verweigerer und Abbrecher weist auf eine absolute Schieflage der Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages hin. Ihre äußere und innere Organisation entspricht den ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen einer Bundesrepublik der 1970er-Jahre. Wir brauchen eine solide Allgemeinbildung für alle (nach dem pädagogischen Konzept der Inklusion) und eine Kultur des Respekts gegenüber allen Kindern unabhängig von ihrer Deutschnote oder ihrer sozialen Lebensverhältnisse. Alle Jugendlichen brauchen vor allem eine Ausbildung, damit sie eine berufliche und damit auch eine gesellschaftliche Perspektive entwickeln können.

Christina Thomas, Lehrende am Oberstufen-Kolleg Bielefeld und Lehrauftrag an der Ruhr-Universität Bochum

„Die regelmäßige Abwesenheit vom Unterricht ist ein wichtiger Hinweis, dass etwas nicht stimmt und dem Schüler nur noch die ‚Flucht‘ bleibt.“

Schikanieren 2.0

Cyber-Mobbing-Studie der GEW

Seit vergangenem Frühjahr taucht das Thema Cyber-Mobbing verstärkt in den Medien auf. Gehört die virtuelle Schikane zum Schulalltag? Ja, ergab eine für GEW-Mitglieder repräsentative Umfrage der Bildungsgewerkschaft. Grund zur Panik gibt es nicht. Aber Lehrerinnen und Lehrer sollten sich gegen den technischen Terror wehren und das Thema in der Schule ansprechen.

Die Broschüre mit den wichtigsten Erkenntnissen aus der Umfrage, nützlichen Tipps und Hinweisen zum Umgang mit Cyber-Mobbing erhalten Sie unter der Artikelnummer 1283 im GEW-Shop Call a Gift Service, Hegweg 6, 63225 Langen, Tel.: 06103/303 32-0, Fax: 303 32-20, E-Mail: gew-shop@callagift.de) Mindestbestellmenge: 20 Stück, Einzelpreis 0,25 Euro. Preise zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.

„Von Schülern verhöhnt – und die ganze Welt sieht zu“, titelte *Spiegel online* am 10. April 2007. Das Internetzeitalter bietet Schülerinnen und Schülern ein breites Wirkungsspektrum, um Pädagogen und Mitschüler virtuell zu schikanieren, etwa: Handykameras, Internetchats und Weblogs. Neu sind Pöbeln und Schikane im Schulalltag nicht. Mobbing 2.0 aber bietet die Möglichkeit, die Öffentlichkeit daran teilhaben zu lassen – weltweit. Zwei Klicks auf „youtube“ und das Video mit dem gehänselten Lehrer ist für alle Internetuser verfügbar. Anlass genug für die GEW, in einer Studie 4000 Lehrkräfte nach ihren Erfahrungen zu befragen. Das Resultat: Cyber-Mobbing existiert, aber lässt sich wirksam eindämmen!

Das wichtigste Instrument ist Prävention – und das bedeutet zuerst Aufklärung. Viele Täter machen sich keine Gedanken über die Auswirkungen ihres Verhaltens für das Opfer – und die Folgen für sich selbst. Schließlich handelt es sich beim technischen Terror um einen Straftatbestand, der gerichtlich verfolgt werden kann. Hier tut Aufklärung über die Rechtslage, aber auch über die Folgen virtueller Bloßstellung im Internet Not! Einen wirksamen Schutz gegen Verunglimpfungen im Netz bildet ein gutes Schulklima, das durch gegenseitiges Vertrauen sowie von Wertschätzung und Respekt geprägt ist und jederzeit ein offenes Feedback ermöglicht. Denn Cyber-Mobbing ist häufig Resultat von Aggressionen, die Schülerinnen und Schüler nicht kanalisieren und bewältigen können. Sinnvoll ist, dass Lehrkräfte und Schüler einen Verhaltenskodex erarbeiten. Darin kann auch der Gebrauch von Handys im Schulalltag geregelt werden.

Gegenwehr ist möglich

Kursieren bereits unerwünschte Bilder oder Videoaufnahmen im Netz oder haben Lehrer wiederholt E-Mails mit Drohinhalten bekommen, gilt es vor allem, die Verbreitung der Fotos und die weitere Versendung von Mails zu stoppen. Die Anbieter der Homepages sind verpflichtet, Fotos und Namen von Menschen, die in einen rufschädigenden Kontext gestellt werden, von ihren Seiten zu nehmen. Um diesen Anspruch durchsetzen zu können, müssen Lehrkräfte Beweismaterial sammeln. Sofern es erdrückende Indizien gibt, sollte der Täter unter sechs Augen mit dem Verdacht konfrontiert und aufgefordert werden, mit seinen Angriffen aufzuhören. Eine gute Vorbereitung eines solchen Gesprächs unter Zeugen ist unabdingbar! Verläuft die Unterredung erfolglos, empfiehlt es sich, die Schulleitung oder einen Mediator einzuschalten. Bei gravierenden Fällen und nach Rechtsberatung kann der Vorgang auch angezeigt werden. Die GEW gewährt in Fällen, in denen die Persönlichkeitsrechte ihrer Mitglieder im beruflichen Kontext verletzt werden, Rechtsschutz.

Hilfe ist notwendig

Da Cyber-Mobbing ein neues Phänomen ist, sind die Ansprechpartner der betroffenen Lehrkräfte häufig inhaltlich nicht gut vorbereitet. Schulleitungen, Schulaufsichtsbehörden oder auch die Polizei wissen laut Umfrage nicht immer über wirksame Schutzmaßnahmen Bescheid. Auch hier sollte verstärkt aufgeklärt werden, damit die Opfer nicht allein im Regen stehen. Denn die Folgen von „Cyberbullying“, so der internationale Fachbegriff, sind genauso ernst zu nehmen wie bei jedem anderen Mobbingopfer: Psychische Belastungen, die auch zu längeren Erkrankungen führen können, sind keine Ausnahme.

Schüler und Lehrer betroffen

Die Zahl der betroffenen Lehrkräfte hält sich bislang in Grenzen. Die Ende 2007 bundesweit durchgeführte Umfrage der GEW hat ergeben, dass acht Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer direkt betroffen waren. Ein bestimmtes „Opferprofil“ gibt es nicht: Gemobbte gibt es in jeder Altersstufe und an jeder Schulform. Allerdings trifft es Lehrkräfte an Gymnasien häufiger als an anderen Bildungseinrichtungen. Gerade Schüler nutzen Handy, E-Mail und Internet aber auch, um sich gegenseitig „fertig zu machen“. 34 Prozent der von Cyber-Mobbing Betroffenen sind Schülerinnen und Schüler. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein. Eine Beratungslehrerin warnt: „Für Schüler ist das Lesen von Cyber-Mobbing E-Mails oder Chatnachrichten zunehmend ein Problem, das sie traumatisieren und zu depressivem Verhalten führen kann.“

Cyber-Mobbing ist ein Phänomen, mit dem sich Schulen künftig intensiver auseinandersetzen müssen. Schließlich ist es für Lehrkräfte ein sehr großer Unterschied, ob sich die eigene Klasse über einen üblen Streich kaputtlacht oder eine weltweite Internet-Community die Attacke per Handyvideo miterleben kann.

Gundula Kienel-Hemicker, Diplom-Wirtschaftspädagogin

Die Ergebnisse der Umfrage können unter *www.gew.de/Internet-Mobbing.html* abgerufen werden.

Hilfe für Lehrer nützt Schülerinnen und Schülern

Schulpsychologen unterstützen bei Problemen im Schulalltag

Nach neuesten Erhebungen des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) steht es um die Schulpsychologie in Deutschland trotz zahlreicher politischer Lippenbekenntnisse nach wie vor schlecht.

Auf einen Psychologen kommen 13 317 Schüler. Hinter diesem Durchschnittswert verstecken sich „Wüstengebiete" wie Niedersachsen, wo die Relation 1:24 000 beträgt und eine weitere Streichung von Stellen geplant ist, sowie relativ gut bestückte Regionen wie Düsseldorf und Leverkusen, wo ein Schulpsychologe auf rund 4500 Schüler kommt.

Gemessen an den PISA-Siegerländern ist selbst das aber immer noch ärmlich (in Finnland und Dänemark beträgt die Relation 1:800). Einige Bundesländer sehen eine Lösung in der Einstellung von Beratungslehrern und Sozialarbeitern. Ein höherer Anteil von Beratungslehrern und Sozialarbeitern mache Schulpsychologen aber nicht überflüssig, argumentiert der Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie im BDP, *Stefan Drewes*. In den PISA-Siegerländern gebe es, so Drewes, neben der viel größeren Zahl von Schulpsychologen auch Beratungslehrer. Niemand komme dort auf die Idee, die eine Berufsgruppe durch die andere zu ersetzen. Beide bringen ganz unterschiedliche Kompetenzen ein und sind als sich ergänzende schulische Unterstützungssysteme unverzichtbar.

Vom Boom zum Niedergang

In den 1970er-Jahren sind viele Stellen für Schulpsychologen neu geschaffen worden. Schulpsychologie boomte. Diese Generation geht jetzt in Rente. Unter dem aktuellen Kostendruck sind bereits zahlreiche Stellen nicht wiederbesetzt worden. Nach spektakulären Ereignissen wie den Amokläufen am Erfurter Gutenberg-Gymnasium oder später in Emsdetten sowie nach dem Hilferuf der Lehrkräfte der Berliner Rütli-Schule an den Senat versprachen zwar Minister auf Bundes- und Landesebene, sehr rasch neue Stellen für Schulpsychologen einzurichten. Selbst Bundespräsident *Horst Köhler* hat sich dazu bekannt. Bewirkt haben solche Sonntagsreden bislang aber wenig.

Von Anfang an

Schulpsychologie sollte von der Grundschule an bis hin zu weiterführenden Schulen allen in der Schulgemeinde zur Verfügung stehen und neben klinischen Aspekten auch organisations- und arbeitspsychologische im Blick haben. Allerdings: In der Praxis wurde und werde sie „noch viel zu sehr als alleinige Hilfe für Schüler definiert", klagt der ehemalige Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie im BDP, *Helmut Heyse*. Er hat dabei sowohl die Landesregierungen als auch die Berufsgruppe selbst im Blick. Doch so lange hilfsbedürftige Schülerinnen und Schüler in Konkurrenz zu Lehrkräften und Schulleitungen stehen, kommen die Lehrenden zu kurz. Dabei hätten alle in der Schule Tätigen viel mehr davon, wenn Lehrer bei ihrem Umgang mit schwierigen Schülern oder auch bei Problemen mit der Schulleitung oder im Kollegium psychologische Unterstützung erhielten. Fünf Prozent aller Kinder – so ging es aus dem Gesundheitsbericht des BDP 2007 hervor* – müssen aufgrund ungünstiger Entwicklungsverläufe als chronisch psychisch beeinträchtigt eingestuft werden. Jeden Tag stehen Lehrkräfte problembeladenen Kindern gegenüber. Durch die Ausbildung an der Hochschule sind sie fachlich in der Regel nur mangelhaft auf diese Situation vorbereitet. Die Lehrerausbildung vernachlässigt es bisher, entsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Doch selbst psychologisch geschulte Lehrkräfte machen Psychologen nicht überflüssig. Um frühzeitig erkennen zu können, welche Schüler eventuell Hilfe brauchen oder inwiefern man selbst oder das Team Unterstützung im Arbeitsalltag benötigt, ist der Rat von Experten gefragt.

Die GEW tritt deshalb dafür ein, wesentlich mehr Stellen für Schulpsychologen in den Bildungseinrichtungen zu schaffen. GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne*: „Bis 2010 sollte in Deutschland eine Relation von einem Schulpsychologen für 5000 Schüler, bis 2015 von 1:1000 erreicht werden."

Christa Schaffmann,
Pressesprecherin des Psychologenverbandes

* Den Gesundheitsbericht 2007 des BDP finden sie im Internet unter: *www.bdp-verband.org/bdp/politik/2007/70330_kiju-gesundheitsbericht.html*

Foto: dpa/obs

Hyperaktiv und einsam: Kinder mit Aufmerksamkeitsstörungen (ADS) werden oft ausgegrenzt. Sie, aber auch ihre Lehrer, brauchen schulpsychologische Unterstützung.

Der Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses ist ein erster Schritt – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Fakt ist: Der Hauptschulabschluss ist eine auf dem Arbeitsmarkt längst überholte Minimalqualifikation.

Foto: dpa

Nachholanspruch

Interview mit der SPD-Vize-Vorsitzenden Andrea Nahles

Foto: imago

Andrea Nahles: „Politik muss die Bedürfnisse der Menschen im Blick haben und sich nicht mit Zuständigkeitsgerangel selber lahm legen."

E&W: *Frau Nahles, jedes Jahr verlassen bis zu 80 000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Sie haben damit keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Können wir uns eine „verlorene Generation" leisten?*

Andrea Nahles: Natürlich nicht. Jugendliche brauchen schon frühzeitig eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt, damit sie wissen, es lohnt sich, sich anzustrengen. Wenn sie es dennoch nicht bis zum Abschluss bringen, müssen wir ihnen später eine neue Chance ermöglichen. Das wollen wir nun tun mit dem Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses.

E&W: *Viele Kritiker werfen ein, dass Bundesmittel eingesetzt werden, obwohl die Länder in der Pflicht stehen…*

Nahles: Politik muss die Bedürfnisse der Menschen im Blick haben und sich nicht mit Zuständigkeitsgerangel selber lahm legen. Die Länder werden nicht aus der Verantwortung entlassen. Wenn junge Menschen Unterstützung brauchen, müssen alle Beteiligten ihren Teil verantwortungsbewusst beitragen und sich nicht auf Haushaltsansätze zurückziehen.

E&W: *Lässt sich diese Position in der Koalition durchsetzen? Die Union pocht doch eher auf Beitragssenkungen…*

Nahles: Die Union hat ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, bei dieser Frage mitzugehen. Und das ist auch logisch. Es ist erheblich günstiger, frühzeitig die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als sie später zu alimentieren. Im übrigen ist der Rechtsanspruch auf nachholenden Hauptschulabschluss Bestandteil eines Gesamtkonzeptes der SPD, in dem mehr arbeitsmarktpolitische Aktivitäten in die Schulen verlagert werden. Mehr Prävention ist das arbeitsmarktpolitische Ziel, das wir u. a. über einen Rechtsanspruch auf Sprachförderung oder die Berufseinstiegsbegleitung erreichen wollen. Jugendliche sollen bereits zwei Jahre vor dem Schulabschluss in die Ausbildung hinein begleitet werden.

E&W: *Selbst Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben auf dem Arbeitsmarkt heute kaum noch Chancen. Der Rechtsanspruch müsste auch für mittlere Schulabschlüsse gelten.*

Nahles: Wir brauchen generell bessere Bedingungen für die zweite oder dritte Chance. Wenn sich jemand aus eigener Initiative entschließt, sich weiterzuqualifizieren, sei es durch einen weiteren Schulabschluss oder Weiterbildung, braucht er volle Unterstützung. Hierzu gehört für uns auch die Ausweitung des Meister-BAföGs.

Interview: Matthias Anbuhl, Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW

Alles richtig – alles unklar

GEW-Kommentar zum Recht auf Hauptschulabschluss

Wer kann schon gegen den Rechtsanspruch auf einen nachholenden, finanziell abgesicherten Hauptschulabschluss sein, wenn es in der allgemein bildenden Schule nicht geklappt hat? Im April 2008 waren laut Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 510 000 Bürgerinnen und Bürger ohne Schulabschluss arbeitslos. Jährlich verlassen fast 80 000 Jugendliche die allgemein bildenden Schulen ohne Abschlusszeugnis. Von den Absolventen am Ende der Pflichtschulzeit (ohne Berücksichtigung der gymnasialen Oberstufe) haben 10,8 Prozent nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Dies ist eine Größenordnung, die jede Anstrengung lohnt. Seit Jahren sinkt ihr Anteil nur unwesentlich, obwohl die Kultusminister der Länder bereits mehrfach zugesichert haben, für eine Halbierung zu sorgen.

Skeptische Einwürfe müssen dennoch erlaubt sein. Völlig unklar ist, wie das Vorhaben praktisch umgesetzt werden soll. Bisher ist nur angekündigt, dass Bundesarbeitsminister *Olaf Scholz* (SPD) einen entsprechenden Gesetzentwurf plane. Konflikte mit den Bundesländern sind absehbar.

Nach den bisher über die Medien bekannt gewordenen Informationen sucht die SPD nach Möglichkeiten, um die Bundesländer stärker in die Verantwortung zu bekommen. *Ulla Burchardt* (SPD), Vorsitzende des Bundestags-Bildungsausschusses, verlangt zum Beispiel in einem dpa-Gespräch am 10. Mai, dass die Länder für jeden Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss einen „nicht unerheblichen Ausgleichsbeitrag" an den Bund oder direkt an die BA zahlen sollen. Es sei den Beitragszahlern der Bundesagentur nicht länger zuzumuten, jedes Jahr mehrere hundert Millionen Euro für die Versäumnisse der Länder in der Schulpolitik aufzubringen. Bei vielen Jugendlichen lasse sich der Schulabbruch durch vorbeugende Maßnahmen vermeiden. Damit trifft Burchardt zweifellos den Kern des Problems.

Denn die Länder stehen zuallererst mit besserer individueller Förderung der Schüler, Abschaffung der frühen Auslese, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem sowie einer besseren personellen Ausstattung der Schulen in der Pflicht. Allerdings braucht man nicht viel Phantasie, um dieses

Foto: Privat

Marianne Demmer

unterstützenswerte SPD- Projekt spätestens im Bund-Länder-Kompetenzgerangel untergehen zu sehen, falls es nicht bereits am Koalitionspartner scheitert. Ohne ein abgestimmtes Konzept, in dem Zielgrößen festgelegt und Mechanismen der Qualitätssicherung vereinbart sind, ist das Scheitern vorprogrammiert. Die Situation in den einzelnen Bundesländern ist nämlich äußerst unterschiedlich. Zum Beispiel ist der prozentuale Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss in Sachsen-Anhalt doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Wer koordiniert die Abstimmung zwischen diesen Extremen?

Und noch ein skeptischer Einwand: Der Hauptschulabschluss ist eine auf dem Arbeitsmarkt längst überholte Minimalqualifikation. Nicht einmal die Hälfte der Abgänger mit Hauptschulabschluss erhalten laut Bildungsbericht eine qualifizierte Berufsausbildung. Selbst etwa ein Viertel der erfolgreichen Realschulabgänger hat Probleme, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Die zweite Chance muss deshalb auf nachträgliche Bildungsabschlüsse generell ausgeweitet werden. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit nur 71 Prozent der 20- bis 24-Jährigen, die einen beruflichen oder schulischen Abschluss der Sekundarstufe II haben, deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 77 Prozent.

Die brüske Abfuhr jedoch, die Bundesbildungsministerin *Annette Schavan* (CDU) dem Vorschlag erteilt („nutzlos“, „viel Wirbel um wenig Substanz“), wird gespeist aus Wahlkampfgetöse, gekränkter Eitelkeit und wenig Sachkenntnis der Fachministerin. Es kann zwar theoretisch in Deutschland jeder den Hauptschulabschluss nachmachen, wie Frau Schavan bemerkt. Unklar ist jedoch, wovon er oder sie während dieser Zeit leben soll. Wer arbeitslos ist, muss der Arbeitsvermittlung zu Verfügung stehen und seine schulische Ausbildung ggf. abbrechen. Hoffen wir also auf einen konstruktiven Vorschlag der Bundesbildungsministerin – oder hat sie sich schon von ihrer groß angekündigten „Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung” verabschiedet?

Marianne Demmer, Leiterin des Organisationsbereichs Schule

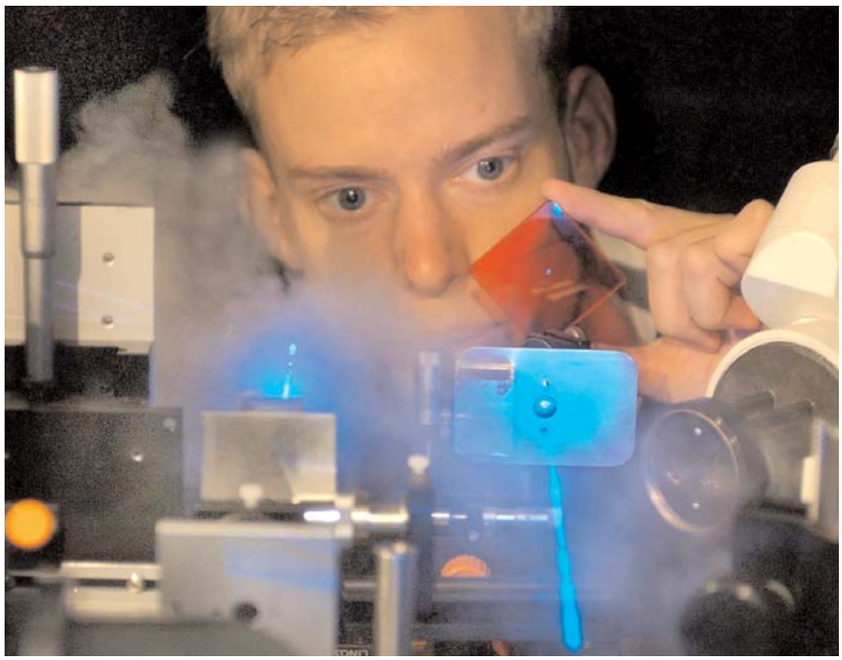


Foto: dpa

Wenig Informationen gibt es über die Lage der Promovierenden und deren Verbleib: Über die „Schattendoktoren“, also die, die extern ihre Dissertation schreiben, ist am allerwenigsten bekannt.

„Bei den Postdocs ansetzen“

E&W-Interview mit Anke Burkhardt

Über den ersten Bundesnachwuchsbericht sprach E&W mit Anke Burkhardt, stellvertretende Direktorin und Geschäftsführerin des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg (HoF).

E&W: *Frau Burkhardt, im Frühjahr hat Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) den ersten „Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses“ (BuWiN) vorgelegt. Sie haben an diesem mitgeschrieben – was sind die wichtigsten Resultate?*

Anke Burkhardt: Vielleicht, dass es erstmals überhaupt eine Bestandsaufnahme gibt, in der die vielen bereits vorhandenen Studien zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses nach einem einheitlichen Raster ausgewertet worden sind. Damit liegt eine Datenbasis vor, die die Politik als Leitfaden zur Handlungsorientierung nutzen kann. Wichtig war uns außerdem der internationale Vergleich – und da brauchen wir uns in Deutschland, etwa bei der Promotionsquote, gar nicht zu verstecken. Erstaunlich ist allerdings, wie wenig wir über unsere Doktoranden und Postdocs wissen.

E&W: *Woher kommt das?*

Burkhardt: Zu einem großen Teil daher, dass die deutsche Forschungslandschaft und mit ihr die Nachwuchsförderung ziemlich weitläufig organisiert sind. Nachwuchsforscherinnen und -forscher werden nicht nur an den Hochschulen ausgebildet, sondern auch durch Förderorganisationen und an außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Gerade diese sind in der Berichterstattung bisher zum Teil nicht erfasst worden. Wir schätzen, dass – wenn man den Sonderfall Medizin nicht berücksichtigt – etwa zwei Fünftel der Doktorandinnen und Doktoranden an Universitäten beschäftigt sind. Ein knappes Fünftel wird an den vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Fraunhofer-Gesellschaft [FhG], Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren [HGF], Max-Planck-Gesellschaft [MPG], Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz [WGL]) ausgebildet. Ein weiteres Fünftel promoviert über Förderorganisationen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Deutscher Akademischer Austausch-Dienst (DAAD), Begabtenförderwerke oder Stiftungen sowie über Fördermaßnahmen der Bundesländer. Bei dem Rest dürfte es sich vermutlich um Menschen handeln, die

Foto: privat

Anke Burkhardt: „Erstaunlich ist, wie wenig wir über unsere Doktoranden und Postdocs wissen.“

extern promovieren. Über diese „Schattendoktoranden“ wissen wir am allerwenigsten.

E&W: *Wie groß ist die Zahl der Doktoranden insgesamt?*

Burkhardt: Bekannt ist die Zahl der abgeschlossenen Promotionen. Sie bewegt sich seit zehn Jahren in der Größenordnung zwischen 24 000 und 26 000 jährlich. Knapp ein Drittel davon ist der Humanmedizin zuzurechnen. Lässt man die Medizin außen vor, dürfte die Zahl der Doktoranden insgesamt zwischen 53 000 und 63 000 liegen. Das bedeutet, dass anscheinend nur etwa jedes dritte Promotionsvorhaben erfolgreich abgeschlossen wird. Wir verschenken also ein riesiges Potenzial von Menschen, die sich für eine wissenschaftliche Karriere interessieren und dann – aus welchen Gründen auch immer – scheitern.

E&W: *Machen andere Länder das besser?*

Burkhardt: In Schweden hat zum Beispiel nahezu jeder Doktorand eine Stelle und er kann bis zu 80 Prozent seiner Arbeitszeit für die Promotion verwenden. Das sind traumhafte Bedingungen – aber nur, so lange sich der Promovierende im Hochschulsystem befindet. Wer keine Stelle ergattert, hat de facto nur eine geringe Chance auf die Promotion. Deshalb hat das deutsche System mit seinen vielfältigen Zugangswegen durchaus Vorteile. Mit den bisherigen Daten ist keine Aussage darüber möglich, welcher Weg erfolgversprechend ist.

E&W: *Gibt es weitere Wissenslücken?*

Burkhardt: Oh ja, zum Beispiel bei den Postdocs. Da ist die Informationslage ganz schlecht. Wir haben jetzt mal Verlaufsrechnungen zu Grunde gelegt und festgestellt: Von 30 Promovierten kann, rein statistisch, nur ein einziger mit einer Berufung auf eine Universitätsprofessur rechnen. Bei den Habilitierten ist es dagegen einer von zwei bis drei. Damit ist klar: Die größte Hürde auf dem Weg zur Professur ist immer noch die Habilitation, da helfen auch die Juniorprofessuren kaum. Aber was passiert mit denen, die es nicht bis zur Habilitation schaffen?

E&W: *Was ist mit den Doktorandinnen? Bei den Hochschulabsolventen stellen sie noch die Hälfte, bei den C4- und W3-Professuren dagegen nur noch rund zehn Prozent.*

Burkhardt: Auch bei den Forschungskarrieren der Frauen ist deutlich zu sehen: Die größte Barriere ist die zweite Qualifikationsstufe, also die Zeit nach der Promotion. Deshalb: Wenn man das Gesicht der Wissenschaft verändern will, muss man im Postdoc-Bereich ansetzen.

Interview: Armin Himmelrath, freier Journalist

Habilitation endlich abschaffen!

GEW-Kommentar zur akademischen Laufbahn

Foto: privat

Andreas Keller

„Wissenschaftlicher Nachwuchs“ – wer wenig über die anachronistische Personalstruktur deutscher Universitäten weiß, denkt an frisch gebackene junge Akademikerinnen und Akademiker, die, mit dem Abschlusszeugnis in der Tasche, eine Uni-Laufbahn einschlagen. Tatsächlich gehören zum „Nachwuchs“ aber viele hoch qualifizierte Wissenschaftler mit einer zum Teil jahrzehntelangen Berufserfahrung in Hochschule und Forschung. Die deutsche Universität lässt den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht erwachsen werden – häufig auch dann nicht, wenn er Bachelor- und Masterstudium, Promotion, Postdoc-Phase, Juniorprofessur und Habilitation erfolgreich bewältigt hat. Zum Teil ist sogar vom „habilitierten wissenschaftlichen Nachwuchs“ die Rede.

Der amtliche Nachwuchsbericht BuWiN (s. Seite 35) zeigt , dass die Zweistufigkeit der wissenschaftlichen Qualifizierung nach dem Studienabschluss im internationalen Vergleich nahezu einmalig ist. Während in anderen Staaten Promovierte selbstständig forschen und lehren dürfen, verlangt man vom Wissenschafts-„Nachwuchs“ in Deutschland ein weiteres großes Examen: die Habilitation, deren Grundlage, die Habilitationsschrift, vor Professorinnen und Professoren verteidigt werden muss.

Die GEW fordert seit langem, diesen alten Zopf abzuschneiden und die Habilitation endlich abzuschaffen. Mit der Juniorprofessur ist ein erster Schritt in diese Richtung getan worden. Juniorprofessorinnen und -professoren können schon mit dem Doktortitel in der Tasche selbstständig forschen und lehren – und sich auf diese Weise für eine Professur qualifizieren. Doch bisher gibt es bundesweit gerade mal 800 Juniorprofessuren!

Im Ergebnis ist die wissenschaftliche Laufbahn in Deutschland so steinig und lang wie eh und je geblieben. Unselbstständigkeit und Unsicherheit zwischen Promotion und Professur schrecken vor allem viele Nachwuchswissenschaftlerinnen ab, die das hohe Risiko einer beruflichen Sackgasse scheuen und wenig Förderung von den immer noch ganz überwiegend männlichen Professoren erfahren.

Die Probleme fangen nicht erst mit der Postdoc-Phase an. Der BuWin fördert einen bedenklichen Trend zu Tage: Der Anteil der Doktorandinnen und Doktoranden im Beschäftigungsverhältnis nimmt ab – zu Gunsten der Stipendienförderung, häufig in der außeruniversitären Forschung. In materieller Hinsicht ist dies für die Promovierenden die schlechtere Variante: Sie erhalten weder Sozialversicherungsschutz noch haben sie Anspruch auf Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Stellen vor Stipendien, lautet daher die Forderung der GEW. Promovieren im Beschäftigungsverhältnis funktioniert dann, wenn für die Qualifikationsstellen Mindeststandards durchgesetzt werden: Die Vertragsdauer muss der Promotionsdauer entsprechen (vier Jahre plus x), für die eigene Qualifizierung (Doktorarbeit) müssen 75 Prozent der Arbeitszeit reserviert sein, Teilzeitbeschäftigung darf es nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beschäftigten geben. Nicht nur Stipendiaten, sondern auch angestellten Promovierenden kann ein Rahmen für strukturiertes wissenschaftliches Arbeiten angeboten werden: in hochschulweiten Graduiertenzentren, für deren Ausgestaltung die GEW-Doktoranden-Projektgruppe ein Konzept erarbeitet hat. (*s. http://wissenschaft.gew.de/DoktorandInnen.html*).

Der „wissenschaftliche Nachwuchs“ hat ein Recht auf bessere Perspektiven – nicht nur im eigenen Interesse. Auch damit die Wissensgesellschaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden kann. Das setzt aber voraus, dass die wissenschaftliche Laufbahn wieder attraktiv wird – für mehr und für die besten jungen Menschen eines Altersjahrgangs.

Andreas Keller, Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand

Foto: Peter Himsel/Intro

Erfolgreicher Tarifkampf brachte der GEW im sozialpädagogischen Bereich einen ordentlichen Mitgliederzuwachs.

Trendwende!

Zur Mitgliederentwicklung der GEW

Zum ersten Mal seit 1993 kann die GEW nach Abschluss des ersten Quartals positive Zahlen vermelden. Seit Anfang 2008 ist die GEW – nach Abzug aller Austritte – um 2.434 Mitglieder gewachsen. Auch im Quartalsvergleich zum Jahr 2007 ist das ein Plus von 2.085 Mitgliedern oder ein Anstieg 0,81 Prozent.

Foto: Christian v. Polentz/transit

Ulrich Thöne

Dieser Mitgliederzuwachs ist ein Grund zur Freude und ein Grund, all den vielen aktiven Mitgliedern, die durch ihre Person und ihre Arbeit für die Gewerkschaft geworben haben, zu danken. Ich glaube, wir alle sollten auch stolz darauf sein, in diesen für Gewerkschaften schwieriger gewordenen Zeiten den Anschauungen und Zielen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treu geblieben zu sein und gerade deshalb zum Erfolg zurückzufinden.

Austrittszahlen gesunken

Schauen wir genauer hin: 5957 Mitglieder sind im Zeitraum von Januar bis Ende März 2008 neu in die Organisation eingetreten. Das sind 2402 mehr als im vorjährigen Vergleichszeitraum. Zugleich hat es in diesem Quartal 283 Austritte weniger gegeben. Daher kann mit Recht gesagt werden, dass die Bindung der Mitglieder an die GEW wieder stärker wird und die Aktivitäten, die diese Mitgliederbindung fördern sollen, Früchte tragen. Seit 2004 sind die Austrittszahlen kontinuierlich gesunken.

Es gibt mehrere Ursachen für diese Entwicklung. Allen voran ist hier der erfolgreiche Tarifkampf zu nennen, dem die Organisation viel Positives für die Mitgliederbindung und Mitgliederentwicklung zu verdanken hat. Allein im sozialpädagogischen Bereich sind 1893 Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit neu eingetreten. 1482 mehr als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres.

Insgesamt spiegelt sich in diesen Zahlen ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung wieder, den wir auch im Tarifkampf als große Unterstützung gespürt haben. Immer mehr Menschen sind es leid, wenn sich die Wenigen ganz oben die Taschen immer voller stecken, während die in der Mitte und unten noch draufzahlen sollen. Entschlossene gewerkschaftliche Aktionen gewinnen an Zustimmung. Dennoch gibt es keine Erfolgsautomatik. Es ist nämlich eine Sache, eine Chance zu haben, und eine ganz andere, diese Chance auch zu nutzen. Wir waren dazu fähig, unter anderem wegen der vielen unterschiedlichen Mitgliederwerbe- und -bindungsprojekte in den Landesverbänden.

Natürlich ist die Entwicklung zwischen einzelnen Landesverbänden ziemlich unterschiedlich. Das hat unter anderem mit der Streichung oder dem Zuwachs an Stellen in unserem Bereich zu tun. Auffällig ist, dass alle Gewerkschaften nach wie vor in den östlichen Landesverbänden Mitglieder verlieren. Das mindert den möglichen politischen Einfluss und ist ein politisches Problem. Es ist eine Herausforderung für die ganze Organisation. Wir können und dürfen nicht zulassen, dass sich für die Menschen, die obendrein immer noch mit einer Ungleichbehandlung zu leben haben und so frustriert werden, die Chancen noch weiter verschlechtern, sich gestaltend und verändernd mit Hilfe ihrer Gewerkschaften in die Gesellschaft einbringen zu können.

Alles in allem aber glaube ich, wird vielen Menschen mehr und mehr klar, dass ihr einziger sozialer Schutz in dem Vorhandensein möglichst starker Gewerkschaften besteht. Anders als Verordnungen oder Gesetze, die jederzeit geändert werden können, anders als private Glückssträhnen, die jederzeit abrupt zu Ende gehen können, bietet nur die Gewerkschaft, das heißt der Zusammenschluss aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine Garantie dafür, dass niemand vergessen, sondern für gute Arbeit und ein Leben in Würde für alle gestritten wird.

Die Bildungsgewerkschaft muss die ihr gegebenen Chancen nun ergreifen. Sie muss das Bedürfnis einer wachsenden Zahl von Menschen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für die Stärkung der Organisation nutzen. Nur eine starke GEW kann sich z. B. in der kommenden Tarifrunde in den Bundesländern auch durchsetzen.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

GEW Baden-Württemberg wählt Doro Moritz

Foto: dpa

Der dienstälteste GEW-Landesvorsitzende, Rainer Dahlem, hat den Staffelstab an die längjährige Stellvertreterin Doro Moritz weitergegeben.

Die GEW Baden-Württemberg hat eine neue Landesvorsitzende: *Doro Moritz*, bisher Stellvertreterin des scheidenden Landesvorsitzenden *Rainer Dahlem*, erhielt auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) Ende April in Heilbronn 95 Prozent der Delegiertenstimmen.

Moritz ist die vierte Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg und die erste Frau an ihrer Spitze. Dies sei angemessen, denn die Mitgliedschaft der GEW sei zu zwei Dritteln weiblich, sagte Moritz. Die 52-jährige Grund- und Hauptschullehrerin aus Heimsheim bei Pforzheim war acht Jahre stellvertretende Landesvorsitzende und arbeitete neun Jahre als Vorsitzende des Hauptpersonalrats im Kultusministerium für fast 70 000 Lehrkräfte von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen.

Rainer Dahlem kandidierte nicht mehr für den Vorsitz. Er leitete die GEW im Südwesten 17 Jahre und übergibt eine gut aufgestellte Gewerkschaft. Seit einigen Wochen ist der baden-württembergische Landesverband der größte in der Republik und hat damit den langjährigen Spitzenreiter Nordrhein-Westfalen überholt. Seit über zehn Jahren wachsen die Mitgliederzahlen – von 1995 bis heute ist die Zahl von 32 000 auf 44 000 gestiegen.

„Das ist auch ein Zeichen, dass unsere Positionen für längeres gemeinsames Lernen und bessere Bildung von Anfang an auf breite Zustimmung stießen“, sagte Rainer Dahlem bei seiner letzten Pressekonferenz in Stuttgart. Die außergewöhnlichen Zuwachsraten verdankt der Landesverband auch der AG Werbung und dem auch mit Mitteln des Hauptvorstands ausgestatteten Projekt Mitgliederwerbung/-bindung. Moritz leitet die Projekte, ihr Motto lautet: „Wenn die Mitglieder nicht zur GEW kommen, muss die GEW zu den Mitgliedern gehen.“ Sie führt die Erfolge unter anderem auf die intensive Info- und Beratungsarbeit an den Pädagogischen Hochschulen, Ausbildungsseminaren und den Bildungseinrichtungen zurück. Die GEW Baden-Württemberg ist bisher der einzige Landesverband, in dem Studierende beitragsfrei Mitglied werden können.

Mit dem 61-jährigen Rainer Dahlem ging auch der langjährige Landesgeschäftsführer *Jürgen Borstendorfer* in Ruhestand. Pressereferent *Matthias Schneider* wurde zu seinem Nachfolger bestellt.

Maria Jeggle, freie Journalistin

Wolgast-Preis an Gabriele Beyerlein verliehen

GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne* hat in Berlin den Heinrich-Wolgast-Preis 2008 des Bildungs- und Förderungswerks der GEW an die Autorin *Gabriele Beyerlein* verliehen (s. *E&W 1/2008*). Schüler des Gymnasiums Rinteln setzten auf der Bühne des GRIPS-Theaters Szenen aus dem preisgekrönten Buch „In Berlin vielleicht“ um.

Beyerlein bedankte sich in ihrer Rede, indem sie die Pole Inhaltsvermittlung und Dichtung im historischen Jugendbuch gegeneinander setzte. Sie würdigte die Arbeit der GEW-Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM), „deren Rezensionen ihre schriftstellerische Arbeit seit Jahrzehnten konstruktiv begleiten“.

ur

Foto: Gabi Senft /transit

GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne gratuliert Preisträgerin Gabriele Beyerlein zum Wolgast-Preis.

„Fundraisi

Wie man sich in Bad Boll Fundraisir

Wie die katholische Privatschule Kolleg St. Blasien Spenden sammelt, sei Vorbild auch für staatliche Haupt- und Gesamtschulen. Davon sind zumindest Teilnehmende der Tagung „Fundraising für private und öffentlichen Schulen und Internate“ überzeugt, die Ende April in der Evangelischen Akademie Bad Boll stattgefunden hat.

Ich verstehe nicht, dass keine Programme speziell für Großeltern gemacht werden.“ Da sei doch „eine ganze Menge mehr Geld rauszuholen als bei den Eltern“, erklärt *Uwe van der Lely*. Der Dortmunder hat einen Beruf, den es in Deutschland noch nicht lange gibt. Er berät Schulen, die Spenden sammeln möchten. Gegen Honorar, versteht sich.

Schulen stünden unter „zunehmendem Druck, zusätzliche Finanzmittel einzuwerben“, heißt es im Programmheft der Tagung. Warum das so ist und wer dafür die Verantwortung trägt, das steht nicht im Heft. Kein Wort darüber, wie sich hochprofitable Firmen ihrer Steuerpflicht entziehen, indem sie Gewinne ins Aus-

Karikatur: Thomas Plaßmann

ng is Friendraising“

g für Schulen vorstellt

land verlagern. Kein Wort über die milliardenschweren Steuerausfälle, verursacht durch die rot-grüne Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001. Nichts zur Unternehmenssteuerreform 2008, die der öffentlichen Hand abermals weniger Einnahmen bescheren wird. Wozu auch? In Bad Boll setzt man nicht auf den Staat, sondern auf private Finanziers.

Erst Netzwerke aufbauen

„Fundraising ist Friendraising“, betont Pater *Johannes Siebner*. Der Jesuit leitet das Kolleg St. Blasien, ein katholisches privates Gymnasium im Südschwarzwald, untergebracht im ehemaligen Benediktinerkloster. Rund 900 Mädchen und Jungen besuchen das Kolleg. Der Platz im Internat kostet monatlich 1200 Euro. Das Kolleg St. Blasien ist Mitveranstalter der Tagung. Bevor man mit dem Geldsammeln beginne, gelte es, Netzwerke aufzubauen. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Ehemaligen. Die Altschüler von St. Blasien bekommen deshalb regelmäßig Post. Etwa den „Kollegbrief“ mit Neuigkeiten aus der Schule. Ganz wichtig seien die Altschüler-Treffen im Schulgebäude, so Siebner.

Derzeit beträgt das Stiftungskapital des Kollegs 1,8 Millionen Euro. Das wolle man aufstocken, sagt der St. Blasien-Direktor. „Alle fünf Jahre neue Computer – das kostet sechsstellig.“ Zudem finanziere die Stiftung Freiplätze – für Schüler, deren Eltern das Internatsgeld nicht aufbringen können. Doch Vorsicht. Spender wollen genau wissen, wem sie Geld geben – und für welchen Zweck. Pater Siebner klärt auf: Man müsse die Schule gut nach außen präsentieren, Erfolgsgeschichten erzählen. „Der Teufel macht auf große Haufen“, sagt der Kolleg-Direktor. Wenn es diesen Haufen gebe, „dann finden Sie auch einen, der noch was drauflegt“.

Ob Fundraising auch für Haupt- oder Gesamtschulen im sozialen Brennpunkt eine Lösung sei, fragen Teilnehmende. *Irmgard Ehlers*, Studienleiterin der Evangelischen Akademie, bejaht. Es gehe darum, Beziehungen aufzubauen. „Das tut jeder Schule gut“, sagt Ehlers. „Ein toller Rektor an einer diskriminierten Schule, der eine Vision hat, auch der kann seine Schule voranbringen.“

Die Evangelische Akademie Bad Boll versteht sich als Haus des Gesprächs – „über Fragen des Gemeinwohls und des beruflichen Lebens“, heißt es in der Selbstdarstellung. Sponsoren stehen da nicht abseits. Irmgard Ehlers bedankt sich im Festsaal für die „großzügige Spende“ der örtlichen Kreissparkasse und einer Firma für Schulkleidung. Das, so Ehlers, habe „niedrige“ Tagungsgebühren möglich gemacht. 210 Euro sind pro Kopf zu zahlen.

Privates Mäzenatentum

Dafür darf man dann *Christian Füller* zuhören, Bildungs-Redakteur der taz. Der zieht alle Register. „Schul-Toiletten in öffentlichen Schulen – gehen Sie bloß nicht drauf.“ Vom versifften Schulflur kommt er zum PISA-Schock, spricht vom Elend an den Sonderschulen, von 80 000 Schülern jährlich ohne Abschluss. „Wir müssen die organisierte Verantwortungslosigkeit aufheben“, fordert Füller. Die Kultusminister gehörten entmachtet. Nach seiner Kritik an öffentlichen Schulen präsentiert der taz-Redakteur weitere Lösungsvorschläge: „Das private Mäzenatentum ausbauen.“ Füller resümiert: „Wir brauchen viel mehr private Schulen.“

Da hält es *Erika Braungardt-Friedrichs* nicht mehr auf ihrem Platz. Die Pädagogin leitet den Hauptschulzweig der städtischen Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen. „Ich betrachte mit Sorge, wenn immer mehr Privatschulen gefordert werden.“ Das Beispiel England zeige, betont Braungardt-Friedrichs, dass die Existenz von Privatschulen nicht das Niveau der öffentlichen Schulen hebe.

Beim Arbeitskreis „Schulfördervereine – ein zentrales Standbein für Fundraising“ wird die Frage diskutiert: Wie findet man Adressen von möglichen Unterstützern? Beim professionellen Adresshändler? Zu teuer. Ein Preisausschreiben veranstalten? Pädagogisch fragwürdig. Besser Anschriften von jenen sammeln, die den kostenlosen Newsletter der Schule bekommen möchten. Wichtig sei, hört man, möglichst viele Angaben zur Person festzuhalten: Doktortitel, Beruf, Wohngebiet, Zahl der Kinder, besondere Interessen. „Auch die Reaktionsdaten.“ Also: Wie hat sich die Person verhalten, als sie angesprochen wurde? Wie viel hat sie gespendet? Und ohne Computer-Programm geht sowieso nichts. Gute Fundraising-Software kostet 900 bis 1000 Euro. Das lohne sich, heißt es im Workshop. Man wolle ja schließlich 30 000 bis 50 000 Euro Spenden hereinholen.

Anthony R. M. Little leitet eines der feinsten englischen privaten Internate: Eton College. Little spricht über die „Success Story” von Eton. Spender hätten in den vergangenen 18 Monaten stattliche 25 Millionen Britische Pfund (zirka 31 Millionen Euro) gezahlt oder zugesagt. Glückwunsch nach England!

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Rückkehr vom Auslandsschuldienst

Die 17. AGAL-Tagung zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vom 21. bis 26. November 2008 in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen wendet sich vor allem an Lehrkräfte, die nach mehrjährigem Auslandsdienst zurückkehren. Die Arbeit der Programmlehrkräfte soll während des Treffens eine zentrale Rolle spielen.

Weitere Hinweise zur Arbeit der AGAL im Internet: *http://www.gew.de/AG_Auslandslehrerinnen_und_-lehrer_AGAL.html*

Seit 32 Jahren bietet die Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer (AGAL) dieses Seminar aus dem Auslandsdienst zurückgekehrten Kolleginnen und Kollegen an, damit diese ihre Erfahrungen in die laufende Arbeit, deren wesentliche Aufgabe die Mitgestaltung und Weiterentwicklung des Auslandsschulwesens ist, einbringen können.

Wichtige Gesprächspartner werden Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und der Kultusministerkonferenz (KMK) sein.

In einem öffentlichen Teil der Tagung wird der Soziologe *Oskar Negt* über die Folgen der Zersplitterung der Beschäftigungsverhältnisse im internationalen Bildungsbereich sprechen.

Interessenten sollten sich beim Bildungs- und Förderungswerk der GEW, z. H. Karin Gaines, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt am Main, oder per E-Mail karin.gaines@ gew.de anmelden.

Die AGAL wird die KMK bitten, wie in der Vergangenheit eine Beurlaubung zur Teilnahme zu befürworten.

Anreise: 21. November 2008, bis 18 Uhr,
Abreise: 26. November.

Die Eigenbeteiligung für GEW-Mitglieder beträgt 120 Euro. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt.

Eine Bitte an alle Kollegen im Auslandsschuldienst: Melden Sie Ihren Wechsel vom In- ins Ausland und umgekehrt Ihrem Landesverband!

Wolfgang Gotterbarm, AGAL-Vorsitzender

Schülerwettbewerb: 2. Mai 1933

Am 1. Mai 1933 haben die Nationalsozialisten den Tag der Arbeit gefeiert, einen Tag später stürmten sie die Gewerkschaftshäuser, verhafteten, folterten, mordeten.

Unter dem Titel „2. Mai 1933. Hitlers Helfer überfallen die Gewerkschaftshäuser“ hat die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO jetzt einen Schülerwettbewerb ausgeschrieben. Für die Klassen acht bis elf aller Schularten sind Preise im Gesamtwert von 25 000 Euro zu gewinnen. Die Einzelheiten des Wettbewerbs stehen unter „*www.zweiter-mai-1933.de*“ im Internet.

Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die Geschehnisse des 2. Mai 1933 recherchiert und dargestellt werden.

Eingereicht werden können Einzel-, Gruppen- oder Klassenarbeiten. Ab sofort bis zum 15. Oktober 2008 ist die Anmeldung zu dem Wettbewerb möglich. Die Wettbewerbsbeiträge müssen bis zum 12. Januar 2009 abgegeben werden. Die Preisverleihung findet am 2. Mai 2009 in Berlin statt. Ausgewählte Beiträge werden in einer umfangreichen Publikation gedruckt.

Die geschichtliche Erinnerung wachzuhalten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, ist nach den Worten des GIRO-Geschäftsführers *Nikolaus Hüwe* das Ziel des Schülerwettbewerbs.

Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 17 Jahren sollten motiviert werden, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und des Nationalsozialismus andererseits auseinander zu setzen. Die Geschichte vieler Gewerkschaftshäuser in Deutschland sei gut aufgearbeitet, die Schülerinnen und Schüler könnten bei ihren Recherchen auf umfangreiches Quellenmaterial zurück greifen.

Schirmherrin ist *Eva-Maria Stange*, sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, ehemalige GEW-Vorsitzende.

Hans-Jürgen Arlt, Publizist und Kommunikationsforscher

Neue DDS: „Bessere Bildung“

Renommierte Autoren setzen sich im Heft 2/100 Jg. der DDS, der erziehungswissenschaftlichen Zeitschrift der GEW, mit dem Thema „Bessere Bildung“ auseinander. Mit *Wolfgang Meyer-Hesemann* versucht erstmals ein einflussreiches Mitglied der Kultusministerkonerenz (KMK) deren „Selbstblockade“ in schulstrukturellen Fragen aufzulösen und fordert in zwölf Thesen zu „Bildungserfolg und soziale Herkunft“ notwendige Veränderungen. *Peter Fauser* und *Michael Schratz* untersuchen die Frage: „Was kann man von guten Schulen lernen?“. Die beiden Autoren sind maßgebliche Juroren bei der Auswahl des Deutschen Schulpreises. *Manfred Weiß* analysiert kritisch Untersuchungen über Privatschulen und fragt, ob diese zur besseren Qualität von Bildung beitragen. *Klaus-Jürgen Tillmann* würdigt in einem Nachruf *Hermann Lange*, den ehemaligen Hamburger Staatsrat. Die DDS veröffentlicht Langes letzten Vortrag „Vom Messen zum Handeln“, quasi als sein Vermächtnis.

Andreas Hoffmann-Ocon beleuchtet ein dunkles, bisher nicht erforschtes Kapitel: „Die Deutsche Schule“ im Nationalsozialismus. *Sieglinde Jornitz* schreibt über den Versuch, Wissenschaft für Praxis verfügbar zu machen. Berichte u. a. über „Datengestützte Schulentwicklung“ (*Andreas Breiter*) und „Thesen zum Geheimnis der australischen PISA-Erfolge“ (*Sigrun Christoph*) runden das DDS-Heft ab. Weitere Infos auf der Homepage *www.dds-home.de*. Zu bestellen ist die DDS bei *www.Juventa.de*.

Jochen Schweitzer, DDS-Geschäftsführung

Abgeordnetenwatch.de

abgeordnetenwatch.de ist ein überparteiliches Projekt, das vom gemeinnützigen Verein Parlamentwatch e.V. betrieben und von der Parlamentwatch GmbH durchgeführt wird. Das Portal soll die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Abgeordneten fördern und „Politik in Deutschland transparenter“ machen.

Auf *www.abgeordnetenwatch.de* können alle Bundestagsabgeordneten und deutschen Europaparlamentarier öffentlich zu bundes- und gesellschaftspolitischen Themen, etwa zu Lehrstellen, Bildungsstandards oder Kitas befragt werden. Zusätzlich bietet das Portal die Möglichkeit, das Abstimmungsverhalten und die Nebentätigkeiten der Politikerinnen und Politiker einzusehen.

Nele Schmidt, Portal abgeordnetenwatch.de

Recht und Rechtsschutz 6/2008

Informationen der GEW–Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Paul Michel, Volker Busch, Gerhard Jens
60. Jahrgang

Verbeamtung

Höchstalter ist kein AGG-Verstoß

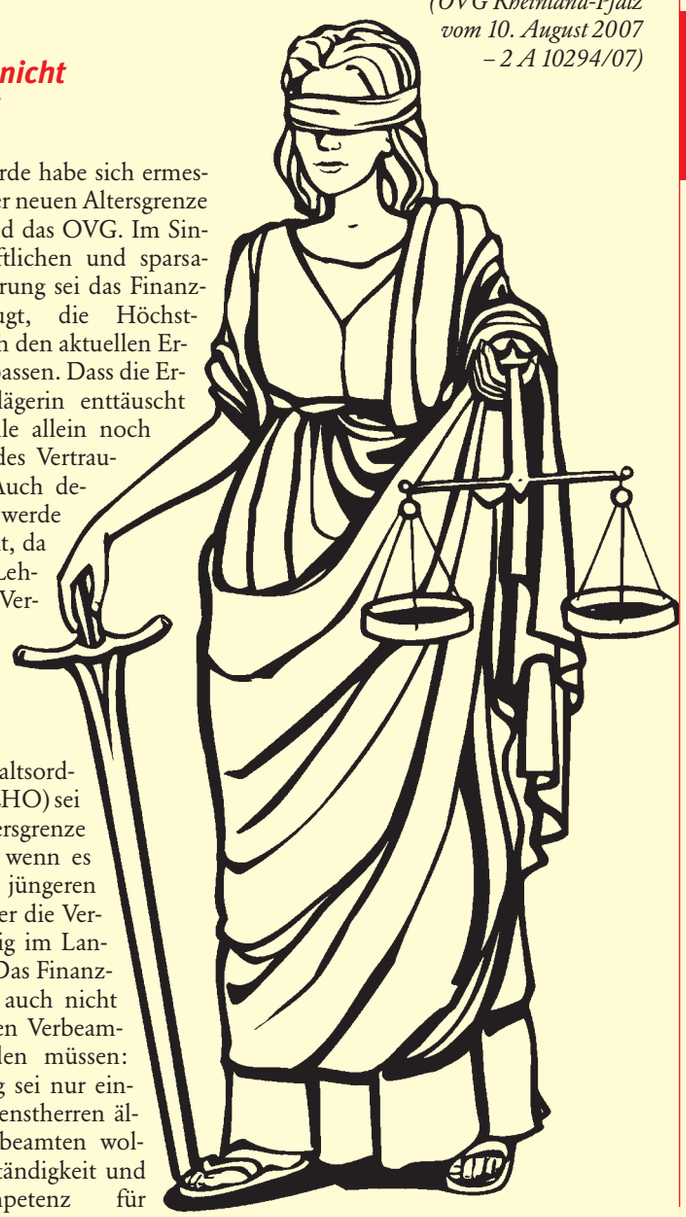
Dienstherren dürfen die Verbeamtung davon abhängig machen, dass Bewerber eine Höchstaltersgrenze nicht überschreiten. Damit ist im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung ein angemessenes Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Versorgungsansprüchen sicherzustellen. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ändert daran nichts.

Das entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz im Falle einer angestellten Lehrerin: Die 1960 geborene Klägerin schloss 1986 ihre wissenschaftliche Prüfung als Gymnasiallehrerin ab, arbeitete jedoch zunächst in anderen Berufsfeldern. Ab 1. Februar 2003 bis 31. Januar 2005 holte sie ihr Referendariat nach und schloss mit dem 2. Staatsexamen ab. Zu Beginn ihres Berufsvorbereitungsdiensts lag die Altersgrenze für eine Verbeamtung bei 45 Jahren, während des Referendariats wurde diese auf 40 Lebensjahre gesenkt. Sie wurde als angestellte Lehrkraft beschäftigt, ihr Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis lehnte der Dienstherr jedoch mit Verweis auf ihr Alter ab. Die Klägerin berief sich vergeblich auf den Vertrauensschutz und das Vorliegen eines Sonderfalls, da die Höchstaltersgrenze während ihres Referendariats gesenkt worden war.

Berufsfreiheit nicht eingeschränkt

Die beklagte Behörde habe sich ermessensfehlerfrei an der neuen Altersgrenze orientiert, entschied das OVG. Im Sinne einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung sei das Finanzministerium befugt, die Höchstaltersgrenze zeitnah den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Dass die Erwartungen der Klägerin enttäuscht worden seien, stelle allein noch keine Verletzung des Vertrauensschutzes dar. Auch deren Berufsfreiheit werde nicht eingeschränkt, da sie als angestellte Lehrerin tätig sei, die Verbeamtung nur eine von mehreren Regelungen zur Berufsausübung darstellt.
Laut Landeshaushaltsordnung (Paragraf 48 LHO) sei von der Höchstaltersgrenze nur abzuweichen, wenn es einen Mangel an jüngeren Bewerbern gibt oder die Verbeamtung eindeutig im Landesinteresse liegt. Das Finanzministerium habe auch nicht vor der abgelehnten Verbeamtung gehört werden müssen: Seine Zustimmung sei nur einzuholen, wenn Dienstherren ältere Bewerber verbeamten wollen. Die erste Zuständigkeit und Entscheidungskompetenz für Verbeamtungen liege beim zuständigen Ressort, dem später die Kosten für Versorgungsansprüche zugeordnet würden. Die Höchstaltergrenze stelle auch im Hinblick auf das AGG keinen Verstoß gegen eine Diskriminierung aus Gründen des Alters dar, denn das AGG rechtfertige derartige Regelungen (Paragraf 10 Satz 2 Nr. 3 AGG): Die Festsetzung eines Höchstalters bei der Einstellung sei zulässig, um eine angemessene Beschäftigungszeit vor dem Eintritt in den Ruhestand zu sichern. Zwar hebe das AGG vor allem auf großen Einarbeitungsaufwand ab, grundsätzlich geht es dem Gesetzgeber aber um das Verhältnis zwischen fortlaufenden finanziellen Verpflichtungen und dem Ertrag in Form von Arbeitsleistung. Beim Beamtenverhältnis seien neben den Dienstbezügen auch die künftigen Versorgungslasten zu berücksichtigen.

(OVG Rheinland-Pfalz vom 10. August 2007 – 2 A 10294/07)



Höchstalter ist kein AGG-Verstoß

GEW-Info: „Aktuelle Rechtsprechung“

Der Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik gibt anlässlich aktueller Gerichtsentscheidungen Zusammenfassungen zu speziellen Themen als so genannte „Aktuelle Rechtsprechungen“ heraus. Hier werden juristische Sachverhalte im Kontext dargestellt und aus GEW-Sicht kommentiert. Themen sind u.a.: Heimische Arbeitszimmer von Pädagoginnen und Pädagogen, Pendlerpauschale, Kostendämpfungspauschale oder Vergütung von Mehrarbeit. Mitglieder finden diese Informationen im Internet unter *www.gew.de*.
Hinweis: Wer Interesse hat, zum Verteiler „Aktuelle Rechtsprechung“ zu gehören, melde sich bitte bei Gabi Herzog unter gabi.herzog@gew.de an.

100 Lehrer gegen das Sitzenbleiben

Nordrhein-Westfalen will Nägel mit Köpfen machen: Mit einem zunächst auf drei Jahre befristeten Projekt soll die Sitzenbleiberquote bis 2012 halbiert werden. Der Modellversuch startet im nächsten Schuljahr und umfasst 300 der 1900 weiterführenden Schulen, die in den Jahrgangsstufen fünf bis zehn Unterricht anbieten. Für das Projekt werden 100 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt.

Foto: imago

NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

Darauf verständigten sich Schulministerin *Barbara Sommer* (CDU) und Vertreter der Lehrerorganisationen in Nordrhein-Westfalen Ende April in einer gemeinsamen Vereinbarung.

„Das ist ein richtiger erster Schritt für ein wichtiges Reformprojekt", erklärte GEW-Landesvorsitzender *Andreas Meyer-Lauber*. Nun komme es darauf an, „möglichst schnell alle Schulen mit ins Boot zu holen". Er wies darauf hin, dass nicht nur die zusätzlichen Lehrerstunden wirkten, sondern auch die pädagogische Diskussion über Sinn und Unsinn des Sitzenbleibens intensiver geführt werde. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen haben nachgewiesen, dass „Ehrenrunden" nicht zu einer Leistungsverbesserung der Schülerinnen und Schüler führten – von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Meyer-Lauber betonte, dass dieser Schritt für die schwarz-gelbe Regierung einen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik bedeute. In Nordrhein-Westfalen sind im vergangenen Jahr über 62 500 Schüler sitzen geblieben. *ur*

Wer Armut bekämpfen will, muss in Bildung investieren

Laut dem 3. „Armuts- und Reichtumsbericht" der Bundesregierung leben rund 13 Prozent der deutschen Bevölkerung in Armut. Ohne soziale Transferleistungen würde die Quote sogar bei einem Viertel liegen. Andere Berechnungen gehen davon aus, dass die Armutsquote nicht bei 13, sondern bei über 18 Prozent liegt.

Mit Blick auf diesen Bericht erklärte GEW-Vorsitzender *Ulrich Thöne*: „Wer Armut bekämpfen will, muss in Bildung investieren. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel, um die von Generation zu Generation vererbte Armut zu durchbrechen." Er wies darauf hin, dass die Bildungspolitik weiterentwickelt und durch einschneidende sozial- und familienpolitische Maßnahmen flankiert werden müsse. Dazu gehöre, Armutslöhne zu verhindern, Familien von Bildungsausgaben zu entlasten und Kinder materiell abzusichern. „Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und anderen gesellschaftlichen Kräften: Wir brauchen mehr und bessere Bildungsangebote für die Kinder und jungen Menschen. Nur so packen wir die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft bei den Wurzeln", unterstrich Thöne.

Ohne Chemie und Physik

(Spartenmedium „Start" 1/2008, Seite 3: „Sprung ins kalte Wasser" in E&W 3/2008)

Bei den Fächern, die Lehrkräfte nicht fachfremd unterrichten müssen und wegen der Gefährdungsmöglichkeiten auch gar nicht unterrichten dürfen, wurden Chemie und Physik vergessen! Aber die scheinen der Autorin ja nicht so wichtig gewesen zu sein.

Rudolf Spiegel, Köln

Externe Berater wichtig

(Spartenmedium „Start" 1/2008, Seite 6: „Kollegiale Beratung" in E&W 3/2008)

Lehrerinnen und Lehrer stehen auf der Suche nach Beratung und Hilfe oft im Spannungsfeld von Zeit, Kosten und dem Wunsch nach Effizienz und Nachhaltigkeit. Die Kollegiale Beratung ist gut geeignet, dieses Spannungsfeld aufzulösen. Diese Maßnahme ermöglicht es, sich innerhalb einer Berufsgruppe im gegenseitigen Austausch Hilfe und Unterstützung zu speziellen Problemen des beruflichen Alltags selber zu organisieren. Besonders im Hinblick auf Berufsanfänger sollten Möglichkeiten und Grenzen Kollegialer Beratung ebenso wie die Rolle professioneller Begleitung differenziert dargestellt werden.

Ludger Seidel, Dipl. Sonderpädagoge und Supervisor DGSv für den Arbeitskreis Schule und Supervision Berlin/Brandenburg

Professioneller Start

Endlich wird Beratung in Schulen zum Thema gemacht! Der Artikel stellt „Kollegiale Beratung" als eine Möglichkeit des Austausches und der Unterstützung vor. Dieser Austausch führt meistens zur Entlastung der Beteiligten, weil deutlich wird, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind. Das sehe ich auch so!

Ärgerlich finde ich die Aussage, dass professionelle Beratung überflüssig sein kann. Damit Kollegiale Beratung gut greifen kann, braucht es den professionell geleiteten Start!

Anne Haedke, Dipl.-Supervisorin DGSv (per E-Mail)

„Übel aufgestoßen"

(E&W 4/2008, Seite 51: Leserforum)

Mir ist eine Leserzuschrift äußerst übel aufgestoßen. Abgesehen davon, dass ich mich schon frage, warum das Thema Rechtsextremismus „irgendwie aus der Mottenkiste" kommt, ist die im Brief erhobene Forderung nach einem „Diskurs über kriminelle Ausländer" eindeutiger Rassismus ohne Wenn und Aber. Das kann auch die pseudoliberale Bekenntnis „ohne Denkverbote" nicht verschleiern.

Jürgen Belitz (per E-Mail)

„Blaue Kästen"

(Spartenmedium „read.me" 1/008 in E&W 4/2008)

Bei Wikipedia konnte ich nachlesen, dass Blau eine beruhigende Wirkung hat. Ist das der Grund für die vielen blauen Kästen in der aktuellen read.me? Das ist einfach nur lächerlich, so viel Platz zu verschwenden, da hätte man die read.me auch kürzer machen können und so Geld, also Mitgliedsbeiträge gespart. Können wir das nächste Mal eine andere Farbe wählen? Ich würde gerne Grün vorschlagen, denn Grün ist die Farbe der Hoffnung. Man kann nur hoffen, dass es für das Blau eine ordentliche Erklärung gibt.

Daniela Frijia (per E-Mail)

„Lies mich"

Fällt Ihnen nichts Besseres ein, als eine deutschsprachige Studierenden-Zeitung mit einem blöden anglizistischen Titel zu versehen? Und das im Namen der GEW. Viel griffiger wäre der Titel „Lies mich" gewesen.

Bernard Merz (per E-Mail)

Einfallslos?

Beim ersten Blättern in Ausgabe 4/2008 fällt mir, einem Senioren, auf, dass die Bildungsgewerkschaft für ihren Titel eine Werbeagentur braucht: Bedeutet das Einfallslosigkeit? Dass der deutschen Bildungsgewerkschaft als Titel für ihre „Zeitung für Studierende" nichts besseres einfällt als „read.me": Soll so das Life-Style-

Bewusstsein gefördert werden? Dass diese Studierendenzeitung zu einem großen Teil aus textfreien, rechteckigen, blauen Flächen besteht: Ist der Bildungsgewerkschaft für leeres blaues Papier der Mitgliederbeitrag nicht doch zu schade?
Peter Steines, Göttingen

„Vom Einkommen leben“

(E&W 4/2008, Schwerpunkt Tarifrunde 2008)

Der Tarifabschluss richtet sich nur an die Kolleginnen und Kollegen, die im öffentlichen Dienst (*bei Bund und Kommunen, Anm.d.Red.*) als Lehrer, Erzieherinnen, Sozialarbeiter beschäftigt sind. Tausende von Kollegen bei privaten Bildungsanbietern gehen auch in dieser Tarifrunde nicht nur wieder leer aus, sondern müssen in naher Zukunft sogar mit zweistelligen Lohnkürzungen rechnen. Hier wäre die GEW gefordert: Der Abschluss von Tarifverhandlungen mit privaten Bildungsträgern ist zwingend nötig, damit die Kollegen von ihrem Einkommen auch leben können. Von dem Gehalt, das diese privaten Anbieter an Stütz- und Förderlehrer, Sozialpädagogen und Ausbilder zahlen, lässt sich jedenfalls kaum leben. Ich weiß, zumindest ab dem 20. eines Monats, nicht mehr, wovon ich meine Familie ernähren kann – und dies ist wörtlich gemeint, so gering ist mein Einkommen – und das bei zwei Studienabschlüssen und langjähriger Berufserfahrung.
Detlev Knocke, Bonn

8,9 Prozent – schön wär’s!

Das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst kann sich auf der einen Seite sehen lassen: Den Arbeitgebern mit ihrem dreisten Verhandlungsangebot wurde nämlich ein Strich durch die Rechnung gemacht. Der Kampf war also nicht umsonst. Andererseits: Eine Lohnerhöhung von 8,9 Prozent soll für die Kollegen herauskommen? Daraus wird leider nichts. Und wenn’s noch so dick auf der Titelseite von E&W steht und im Leitartikel wiederholt wird: Die 8,9 Prozent sind eine Fata Morgana … In meiner Rechnung komme ich auf ein anderes Ergebnis: Die Erhöhung für dieses Jahr beträgt 3,1 Prozent, plus ein Sockelbetrag (50 Euro) von im Durchschnitt zirka 2,0 Prozent, ergibt zusammen etwa 5,1 Prozent.
Im Januar 2009 kommen weitere 2,8 Prozent dazu, plus die Einmalzahlung von (225 Euro) etwa 0,8 Prozent, so dass noch mal etwa 3,6 Prozent herauskommen. Der Tarifabschluss enthält aber noch eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung von 0,5 Stunden auf 39 Std. pro Woche (*gilt nur im Westen, wo viele bei den Kommunen Beschäftigte bereits 39 Stunden/Woche arbeiten; für bestimmte Gruppen wie Erzieherinnen gibt es zudem Kompensationsregelungen – Anm.d.Red.*), was nichts anderes bedeutet als eine Lohnkürzung von 1,25 Prozent (0,5 Stunden mehr bei 40 Stunden pro Woche). Zieht man diese 1,25 Prozent von den beiden errechneten Werten ab, kommt für das Jahr 2008 ein Nettozuwachs von 3,85 Prozent und für 2009 noch mal 2,35 Prozent heraus. Die derzeit davon galoppierenden Lebenshaltungskosten bewirken eine Preissteigerung von 3,2 Prozent pro Jahr (Stand 3/2008). Wenn wir diese vom Nettoergebnis abziehen, erhalten wir für 2008 einen winzigen Reallohnzuwachs, im Jahr 2009 aber bereits wieder – wie gewohnt seit mehr als zehn Jahren – einen Reallohnverlust.
Georg Schad (per E-Mail)

Lob

(E&W 4/2008, Seite 39: „Statuslose zwischen Schul- und Ausreisepflicht“)

Der Artikel von *Helga Ballauf* hat mir gut gefallen. Unser Referent für Migration hat ihn bundesweit weitergeleitet und eine Kollegin hat ihn mitgenommen zur Bundesfachkonferenz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.
Hester Butterfield, Fachdienstleitung Sozialdienst für Flüchtlinge, München

Linux-Logo fehlt

(E&W 5/2008, Schwerpunkt Medienkompetenz: Titelbild)

Eine kleine Anmerkung möchte ich loswerden, auch wenn es mir dabei nicht unmittelbar um „Medienkompetenz“ geht. Sofort beim Titelblatt ist mir aufgefallen, dass das Logo des freien Betriebssystems „Linux“ fehlt! Dies finde ich nicht nur deswegen schade, weil ich selber seit Jahren OpenSource-Software nutze, sondern auch, weil es sinnvolle Argumente für diese Praxis gibt. Zum Beispiel: „Freie Software“ ist in der Regel kostenlos – und das völlig legal. Denn die dahinterstehenden Prinzipien und Patente folgen in vielerlei Hinsicht einer anderen Logik als der der Kommerzialisierung. Gerade dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund der normalerweise hohen Zertifizierungskosten von Microsoftprodukten in Schulen und anderen Betrieben nicht zu unterschätzen.
Kai Fieguth (per E-Mail)

Linux-Pinguin vermisst

Ich bin entsetzt, dass auf dem Titelbild der Mai-Ausgabe von *E&W* nur die Symbole zweier kommerzieller Betriebssysteme (Apple und Microsoft) gezeigt werden: Der Linux-Pinguin fehlt mal wieder! Das konterkariert meiner Meinung nach den Untertitel des Heftes „Türöffner“.
Gisbert Friege (per E-Mail)

Autoritätsgläubigkeit

(E&W 5/2008, Schwerpunkt Medienkompetenz ab Seite 6)

Danke für das interessante Thema „Medienkompetenz“! Ein gleichermaßen einfacher wie eindrucksvoller Einstieg in das Thema wäre die Frage: „Wofür steht eigentlich die Abkürzung ‚Internet‘?“ Bei einer Google-Recherche stellt man schnell fest, dass zwei verschiedene Antworten durchs Netz spuken. Und da jeder blind (oder gutgläubig) beim anderen abschreibt, haben beide Versionen ein zähes Leben. Wie entscheidet man, welcher Version man glaubt? Woran misst sich die Glaubwürdigkeit einer Quelle? Das sind keine Fragen, die sich erst im Internet-Zeitalter stellen. Schließlich haben jahrhundertelang alle Gelehrten bei Aristoteles abgeschrieben, die Spinne habe sechs Beine, schließlich war *Aristoteles* eine Autorität. Bis einer mal nachgezählt hat …
Gerd Kersten, Büchen

Schlechterstellung

(E&W 5/2008, Seite 36: „Kleiner Schritt nach vorn“)

Die neue Elterngeldregelung schließt studierende Eltern aus. Denn nur, wenn Erwerbseinkommen gemindert wird, besteht ein Anrecht auf die beiden Partnermonate, die es Vätern erleichtern sollen, ihre Kinder zu Hause zu betreuen. In unserem Fall ist es so, dass ich zwölf Monate als Studentin im Urlaubssemester den Grundbetrag von 300 Euro bekomme. Anschließend bleibt mein Lebenspartner das zweite Lebensjahr unseres Kindes zu Hause. Dafür nimmt er Urlaubssemester, was dazu führt, dass unser Familieneinkommen um etwa 1000 Euro sinkt. Da dies

kein Erwerbseinkommen ist, gibt es kein Elterngeld für den 13. und 14. Lebensmonat. Dies verschärft die finanzielle Situation studierender Eltern zusätzlich zu der ohnehin Schlechterstellung von Studierenden im neuen Elterngeldgesetz gegenüber dem alten Bundeserziehungsgeldgesetz.
Irene Preuß, Dresden

Armut als Karikatur

(E&W 5/2008, Diesmal)

Ich danke für die Karikatur zum Thema Altersarmut in *E&W*. Selbst bitterste Armut ist in diesem Land, der BRD, noch verwertbar, z. B. als Karikatur. Erst wenn wahrgenommen worden ist, dass bitterste Armut das Thema dieser Zeichnung ist, hat man einen Grund zum Lachen, wenn einem das Lachen bis dann noch nicht vergangen ist.
Johannes Fischer, Münster

„Der fehlende Akkusativ“

Handelt es sich in der Sprechblase nicht um lauter Akkusative? Muss es nicht „einen Liter Herztropfen“ heißen? Der fehlende Akkusativ – ein immer häufiger auftretender Fehler, wenn man beim Fernsehen oder bei Rundfunksendungen genau hinhört.
Gerold Müller, Dietingen

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de

Ab sofort ist die Rubrik „Anschlagtafel“ wieder auf unserer Website unter www.gew.de/Anschlagtafel.html zu fnden.

Diesmal

Cartoon: Freimut Woessner